

Braakmann, Albert et al.

Article — Published Version

Wie lässt sich Wohlstand messen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Braakmann, Albert et al. (2009) : Wie lässt sich Wohlstand messen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 12, pp. 783-804, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-1007-7>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65524>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wie lässt sich Wohlstand messen?

Die Stiglitz-Kommission hat Empfehlungen zur Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung vorgelegt und das Bruttoinlandsprodukt als nicht ausreichend für die Messung der Wirtschaftsleistung, der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit bewertet. Tatsächlich gibt es auch in der Bevölkerung ein Unbehagen in Hinblick auf die amtliche Statistik. Allerdings sind Zufriedenheitsindikatoren als alternative Zielwerte für die Politik kritisch zu beurteilen.

Albert Braakmann

Indikatoren für Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit – der Stiglitz-Bericht als Herausforderung für die Statistik

Der Mensch lebt nicht von Brot allein – aber auch nicht ohne, so könnte das Ergebnis der internationalen Kommission zur Messung der wirtschaftlichen Leistung und des sozialen Fortschritts, die sogenannte Stiglitz-Kommission, umschrieben werden. Diese Kommission, die sich aus 25 renommierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern zusammensetzt – darunter fünf Nobelpreisträger – präsentierte am 14. September 2009 ihren Abschlussbericht¹. Für die drei Themenbereiche Wirtschaft, Lebensqualität sowie Nachhaltigkeit/Umwelt hat die Stiglitz-Kommission Empfehlungen zur Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung vorgelegt. Mit den zwölf Empfehlungen in ihrem Bericht reagiert sie auch auf die Kritik an der häufig einseitigen Fokussierung auf das Bruttoinlandsprodukt in der öffentlichen Diskussion. Allerdings will die Stiglitz-Kommission das Bruttoinlandsprodukt nicht abschaffen, sondern es um zusätzliche Informationen ergänzen. Mit ihren Vorschlägen möchte sie einerseits einen Beitrag zur Stärkung der Glaubwürdigkeit

(amtlicher) Statistiken leisten, insbesondere durch Bereitstellung von lebensnahen Daten. Andererseits zielen die Empfehlungen darauf ab, die Informationsbasis für wichtige Politikfelder zu verbreitern, auch um die Grundlagen für evidenzbasierte Politikmaßnahmen zu schaffen. Möglicherweise spielte auch das volkswirtschaftliche Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen eine Rolle. Danach würde in wirtschaftlich hoch entwickelten Volkswirtschaften der zusätzliche Nutzen einer weiter zunehmenden Güterversorgung immer kleiner werden; gleichzeitig würden andere Aspekte des Lebens eine (relative) größere Bedeutung erlangen. Daten über die Verteilung, die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit sollen gleichgewichtig neben dem Bruttoinlandsprodukt stehen. Gleichzeitig werden aussagefähigere Indikatoren zur Messung des Wirtschaftswachstums vorgeschlagen, insbesondere für internationale und intertemporale Vergleiche.

Aussagefähige Wirtschaftsindikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein weltweit anerkannter Wirtschaftsindikator, der sich vor allem

für die kurzfristige Konjunkturanalyse bewährt hat. Das BIP ist eine Größe zur Messung der Produktion und umfasst die Wertschöpfung, die durch die Herstellung von Waren und Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum – überwiegend am Markt – in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet wurde. Über die Produktionstätigkeit entsteht eine enge Verbindung zum Arbeitsmarkt. Andererseits suggeriert das Anknüpfen des BIP an die Gütersphäre eine Messung des materiellen Lebensstandards. Bei internationalen und auch langfristigen-intertemporalen Vergleichen kann die Verwendung des BIP aber zu verzerrenden Ergebnissen führen. Die wichtigsten Vorschläge der Stiglitz-Kommission sind hier:

- Das Bruttoinlandsprodukt enthält noch die Abschreibungen, d.h. die rechnerischen Kosten für die Abnutzung des Produktionsvermögens. Hier empfiehlt die Stiglitz-Kommission stärker das Nettoinlandsprodukt, das Nettonationaleinkommen oder das verfügbare Einkommen für internationale und längerfristige Vergleiche heranzuziehen.

¹ <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr>

- Häufig werden den privaten Haushalten bestimmte Leistungen (z.B. Gesundheit, Bildung) vom Staat zur Verfügung gestellt, deren Umfang zwischen Ländern und im Zeitablauf deutlich variieren kann. Deshalb wird empfohlen, das verfügbare Einkommen und den Konsum nach dem sogenannten Verbrauchskonzept für Vergleiche zu verwenden, das individualisierbare staatliche Leistungen einbezieht.
- Der Anstieg des Wirtschaftswachstums kann sich ganz unterschiedlich auf die gesellschaftlichen Gruppen verteilen und damit tendenziell zu einer Polarisierung oder einer Nivellierung führen. Um solche Entwicklungen aufzuzeigen und die Teilhabe der gesellschaftlichen Gruppen am Wirtschaftswachstum sichtbar zu machen, schlägt die Stiglitz-Kommission vor, Daten zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen zu veröffentlichen (gewichtet nach Verbrauchereinheiten). Zusätzlich soll die Verteilung des Vermögens nach Haushaltsgruppen statistisch beleuchtet werden.
- Da das BIP eher marktorientiert ausgerichtet ist und insbesondere die in privaten Haushalten erbrachten unentgeltlichen Versorgungs-, Erziehungs- oder Pflegeleistungen nicht erfasst, entsteht statistisch betrachtet ein Wirtschaftswachstum, wenn Haushaltsproduktion in die Marktsphäre verlagert wird. Um diesen Scheineffekt zu neutralisieren, empfiehlt die Stiglitz-Kommission für internationale und längerfristige Vergleiche eine Größe zu verwenden, die die Haushaltsproduktion einbezieht.

Die genannten Kritikpunkte der Stiglitz-Kommission sind, zumindest in Fachkreisen, bekannt und unstrittig. Daten zu den beiden erst-

genannten Punkten werden bereits seit vielen Jahren von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht, sind aber mög-

Die Autoren
des Zeitgesprächs:

Albert Braakmann, 54, Dipl.-Ökonom, ist Leiter der Gruppe Nationaleinkommen, Staatssektor, Außenwirtschaft des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Roland Zieschank, 56, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin; Prof. Dr. Hans Diefenbacher, 55, ist apl. Prof. am Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Heidelberg und stellvertretender Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) Heidelberg.

Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger, 57, ist Inhaber des Lehrstuhls für Statistik am Department für Quantitative Wirtschaftsforschung der Universität Fribourg, Schweiz, und leitet das dortige Forschungszentrum für Wirtschaftsstatistik.

Prof. Dr. Gert G. Wagner, 56, ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, Leiter der Längsschnittstudie SOEP am DIW Berlin, Max Planck Fellow am MPI für Bildungsforschung in Berlin, und Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD).

Prof. Dr. Claus Leggewie, 59, lehrt Politikwissenschaft und ist Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen; Bernd Sommer, 33, Dipl.-Sozialwissenschaftler, ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

licherweise nicht allen Nutzern geläufig. Für Daten zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen sind entsprechende Informationen auf der Mikroebene erforderlich, z.B. aus Haushaltserhebungen wie die fünfjährige Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder aus Steuerstatistiken. Bisher wurden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Durchschnittswerte nach Haushalten veröffentlicht, die von der Stiglitz-Kommission sehr skeptisch beurteilt werden. Welche Fortschritte bei der Ermittlung der Einkommensverteilung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen möglich sind, muss jetzt näher untersucht werden – möglicherweise mit neuen Anforderungen an die Datenquellen. Für die Vermögensverteilung hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Jahresgutachten 2009/10 Daten auf der Grundlage nichtamtlicher Quellen veröffentlicht.² Die Haushaltsproduktion wurde bereits 1991/92 sowie 2001/02 vom Statistischen Bundesamt anhand von Zeitbudgeterhebungen ermittelt;³ für eine Neuberechnung fehlt derzeit eine aktuelle Datengrundlage.

Messung der Lebensqualität

Die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zum Themenbereich Lebensqualität zielen darauf ab, wichtige nicht-materielle Aspekte der Wohlfahrt statistisch sichtbar zu machen. Der Bericht der Stiglitz-Kommission identifiziert sieben Dimensionen der Lebensqualität. Für jede dieser Dimensionen sind

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Jahresgutachten 2009/10, Wiesbaden 2009, S. 309 ff.

³ Statistisches Bundesamt: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, Wiesbaden 2003; sowie Dieter Schäfer: Unbezahlte Arbeit und Bruttoinlandsprodukt 1992 und 2001, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Heft 09/2004, S. 960 ff.

aussagefähige Indikatoren zu entwickeln und zu quantifizieren, überwiegend nicht-monetärer Art:

- **Gesundheit:** Indikatoren für diese Dimension der Lebensqualität müssen die Lebensdauer und den Gesundheitszustand erfassen (z.B. Lebenserwartung, Verbreitung bestimmter Krankheiten). Auch abgeleitete Indikatoren, wie die Restlebenserwartung in gesunder Verfassung (health-adjusted life expectancy) werden vorgeschlagen. Abgerundet werden sollen diese Indikatoren durch Erhebungen zur Einschätzungen der Bevölkerung über ihre Gesundheitslage.
- **Bildungsindikatoren** stellen häufig auf Inputs (Schüler-, Lehrerzahl, Bildungsausgaben) und Outputs (erteilte Unterrichtsstunden, Schulabschlussquoten) ab. Die Stiglitz-Kommission empfiehlt zudem mit Nachdruck eine direkte Messung der von Schülern erlangten Kompetenz, etwa anhand der sogenannten PISA-Studien.
- **Persönliche Aktivitäten/Erwerbsarbeit** sollen über laufende Zeitbudgeterhebungen beleuchtet werden, vor allem um Umfang und Entwicklung von Hausarbeit, Freizeit und Ehrenamt sichtbar zu machen. Indikatoren zur Wohnsituation werden zusätzlich als sehr wichtig erachtet. Ergänzt werden sollen diese Angaben durch verschiedene Indikatoren zur Erwerbsarbeit (Arbeitszeit, Fortbildung, Diskriminierung, Arbeitsunfälle/-risiko usw.).
- **Die politische Partizipation und Rechte** sollen anhand der Entwicklung der grundlegenden Menschenrechte (Meinungs-, Versammlungs- Pressefreiheit, freie Wahlen usw.) sowohl in der Theorie als auch in der Praxis sichtbar gemacht werden. Abge-

bildet werden soll daneben das tatsächliche Funktionieren des Justizsystems (Rechtsstaatlichkeit, Verfahrensdauer, Einflussnahme, Korruption). Zusätzlich erhoben werden soll zudem die Wahrnehmung und das Vertrauen der Bürger.

- **Indikatoren zum Bereich soziale Beziehungen** müssen einmal das Eingebundensein der Menschen in soziale Netzwerke abbilden. Daneben werden Erhebungen zu sozialem Vertrauen, sozialer Isolation, informeller Unterstützung oder (religiösem) Engagement gefordert, wie dies bereits in einigen angelsächsischen Ländern geschieht.
- **Bei den individuellen Umweltbedingungen** sieht die Kommission trotz der erreichten Fortschritte, Datenlücken hinsichtlich der Belastung der Menschen durch Wasser-, Luftverschmutzung, Lärm, schädliche Substanzen oder Naturkatastrophen. Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung sollen ebenfalls erhoben werden.
- **Indikatoren zu existenzieller Unsicherheit** betreffen einmal die körperliche Unversehrtheit (Kriminalität, Unfälle usw.) – hier werden neben objektiven Informationen auch Opferbefragungen vorgeschlagen. Andererseits werden Indikatoren gefordert, die die wirtschaftliche Unsicherheit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter abbilden. Selbstbewertungen und subjektive Wahrnehmungen sollen das Indikatorenset ergänzen.

Mit den sieben Dimensionen der Lebensqualität hat die Stiglitz-Kommission zentrale Themenfelder für eine Wohlfahrtsmessung aufgeführt. Bei den dafür benötigten Indikatoren(-sets) handelt es sich weit überwiegend um nicht-mo-

netäre Größen. Gefordert werden sowohl objektive Messgrößen als auch subjektive Erfahrungen und Wahrnehmungen der Menschen. Bei den subjektiven Indikatoren sieht die Kommission ausdrücklich die Statistikämter in der Pflicht. In einigen Bereichen sind die Vorschläge eher vage und als Anstoß für weitere Diskussionen zu sehen.

Datenlage und weitere Empfehlungen

Im Hinblick auf die derzeitige Datenlage lassen sich unterschiedliche Entwicklungsstufen bilden:

- In einigen Bereichen besteht bereits eine recht gute Abdeckung der empfohlenen Indikatoren, zumindest soweit objektive Indikatoren betroffen sind. Aber auch hier ist zu fragen, ob die Häufigkeit der Erhebungen ausreicht für eine laufende und gleichgewichtige Berichterstattung wie sie die Stiglitz-Kommission fordert.
- Bei anderen Bereichen erscheinen eine Optimierung bzw. Aktualisierung der Daten und statistischen Instrumente, die bereits zur Verfügung stehen, sowie Investitionen in statistische Kapazitäten, wo Indikatoren noch nicht ausgereift sind, sinnvoll. Konkret werden von der Stiglitz-Kommission regelmäßige Zeitbudgeterhebungen gefordert.
- Daneben gibt es Fälle, in denen bestehende Erhebungen auszubauen bzw. anzupassen sind und für bestimmte Dimensionen dürften neue Erhebungen erforderlich sein. Folgt man den Empfehlungen der Stiglitz-Kommission sind von den Statistikämtern insbesondere die Erhebungen zu subjektiven Erfahrungen und Einschätzungen auszubauen.
- Um die Diskussion über adäquate Indikatoren voranzubringen, scheint eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ange-

zeigt. Außerdem sollen die verschiedenen Einzelindikatoren innerhalb der sieben Dimensionen zu Mehrkomponentenindikatoren („composite indicators“) zusammengefasst werden. Hier stellt sich vor allem die Frage nach der Gewichtung der Einzelindikatoren.

Die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zur Messung der Lebensqualität gehen noch einen Schritt weiter. Neben der Bereitstellung von gesamtgesellschaftlichen Indikatoren zu den sieben Dimensionen, fordert die Kommission die Lebensverhältnisse nach Individuen bzw. sozialen Gruppen zu differenzieren. Solche sozialen Differenzierungen sollten Unterschiede zwischen homogenen Gruppen beleuchten (Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Status) oder auch das Fortbestehen von Mustern über die Generationenfolge erfassen (z.B. Bildungserfolg der Kinder differenziert nach Bildungserfolg der Eltern). Daher empfiehlt die Stiglitz-Kommission die Implementierung von Erhebungen, die eine Untersuchung einer Vielzahl von sozioökonomischen Gruppen ermöglicht.

Des Weiteren fordert die Stiglitz-Kommission Erhebungen so zu gestalten, dass die Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Bereichen der Lebensqualität auf individueller Ebene abgebildet werden. Dies würde umfangreiche Daten auf der Mikroebene erfordern, und zwar im Zeitablauf (Paneldaten).

Erfassung der Nachhaltigkeit/ Umwelt

Neben den eher gegenwartsbezogenen Indikatoren zu Wirtschaft und zu Lebensqualität zielen die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zum Themenkomplex Nachhaltigkeit/Umwelt darauf ab,

Indikatoren vorzuschlagen, die eine längerfristige und zukunftsbezogene Perspektive aufweisen. Hier knüpft die Kommission an die Arbeiten von Nordhaus und Tobin zur Entwicklung eines Wohlfahrtsmaßes (1972) und an den Bericht der Brundtland-Kommission zur Nachhaltigkeit (1987) an. In ihren Vorschlägen trennt die Stiglitz-Kommission zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten der Nachhaltigkeit:

- Um die Nachhaltigkeit beurteilen zu können, hält die Stiglitz-Kommission ein Datenset mit ausgewählten Indikatoren für erforderlich. Gefordert werden Indikatoren, die die Änderung der dahinter liegenden Bestände aufzeigen („stock-based approach“), d.h. sie sollen verdeutlichen, wie sich das Vermögen, und damit die Ausgangslage zukünftiger Generationen, verändert. Aufgrund der Schwierigkeit bei der monetären Bewertung werden nicht-monetäre Indikatoren von der Stiglitz-Kommission bevorzugt.
- Für die umweltbezogenen Aspekte der Nachhaltigkeit empfiehlt die Stiglitz-Kommission ein getrenntes Datenset mit physischen Indikatoren. Soweit möglich sollen die physischen Umweltindikatoren mit Grenzen, die irreversible Schäden oder abrupte Änderungen kennzeichnen, oder mit Zielen versehen werden.

Hinsichtlich der für den Bereich Nachhaltigkeit/Umwelt vorgeschlagenen Indikatoren(-sets) ist die deutsche Statistik auf einem guten Weg. Es stehen zwei einschlägige Informationsquellen zur Verfügung, nämlich einmal der Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeit und zum anderen die Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR). Aber auch hier sind Weiterentwicklungen und Zusatzarbeiten notwendig, um die Empfehlungen

der Stiglitz-Kommission vollständig umzusetzen. Für ein vollständiges Bild fehlen einmal Daten zu Rohstoffbeständen. Lücken bestehen andererseits beim qualitativen Zustand der Umweltgüter Wasser, Luft und Boden. Für die Messung der Qualität der Ökosysteme (Boden) liegt zwar bereits eine Konzeption vor, die sogenannte ökologische Stichprobe, eine Umsetzung konnte aber bisher noch nicht erfolgen. Hinsichtlich der Grenzen für irreversible Umweltschäden oder konkrete Zielwerte ist darauf hinzuweisen, dass diese nicht allein von der Statistik festgelegt werden können, sondern dass hier vor allem die Wissenschaft und die Politik gefragt sind. Der Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie enthält bereits einen Teil der geforderten Indikatoren. Allerdings müsste die Erfassung verschiedener Vermögensarten erheblich ausgebaut werden, um den Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zu entsprechen. Abgesehen vom bereits verfügbaren Produktivkapital und ersten Berechnungen zum Altersvorsorgevermögen betrifft dies das Human-, das Natur- und das Sozialkapital. Hier sind erhebliche Investitionen in die Statistik erforderlich, sowohl auf konzeptioneller als auch auf Datenebene.

Fazit

Die Vorschläge der sogenannten Stiglitz-Kommission zielen auf eine breit angelegte statistische Berichterstattung. Die Informationen zu den drei Themenfeldern Wirtschaft, Lebensqualität und Nachhaltigkeit sollen laufend bereitgestellt werden und gleichgewichtig nebeneinander stehen. Die Umsetzung der Vorschläge stellt die Statistik vor große Herausforderungen. Neben der Lösung methodischer Fragen ist eine konsequente Weiterentwicklung sowie ein Ausbau des statistischen Berichtssystems erforderlich. Da-

bei ist einerseits zu erwarten, dass bestehende Erhebungen häufiger durchzuführen sind und andererseits dass zusätzliche Befragungen, insbesondere zu den verschiedenen Dimensionen der Lebensqualität nötig werden.

Eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ist sinnvoll und notwendig vor allem bei der (Weiter-)

Entwicklung bestimmter Indikatoren und der Frage der Aggregation nicht-monetärer Ergebnisse. Notwendig ist aber auch die politische Unterstützung für eine Neuausrichtung des Statistiksystems hin zu einer stärker wohlfahrtsorientierten Berichterstattung. Unterstützt werden die Schlussfolgerungen der Stiglitz-Kommission auf europäi-

scher Ebene durch die Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 2. September 2009 unter dem Titel „Das BIP und mehr – die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“. Auch diese Mitteilung betont die Bedeutung von Informationen zu Lebensqualität und Nachhaltigkeit.

Roland Zieschank, Hans Diefenbacher*

Der Nationale Wohlfahrtsindex als Beitrag zur Debatte um Wachstum und Wohlfahrtsmaße

Traditionell gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Schlüsselindikator nicht nur für westliche Volkswirtschaften; an ihm orientieren sich weltweit Politik und Öffentlichkeit bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staates und des Erfolgs oder Misserfolgs der jeweiligen Wirtschaftspolitik. Wohl deshalb wurde dieser ökonomische Leit-Indikator auch in die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie seit 2002 übernommen – und zwar nicht nur als eigenständige Zielgröße, sondern auch als Bezugsgröße in anderen Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wie der Energie- und der Ressourcenproduktivität oder im Verkehrsbereich. Gerade an dieser Verortung im Indikatoren-satz der Nachhaltigkeitsstrategie entfachte sich eine neuerliche Dis-

kussion um die Aussagefähigkeit des BIP, das bereits in den 1980er Jahren in die Kritik gekommen war. Nachhaltigkeitsstrategien thematisieren in der Regel soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und eine ökonomische Entwicklung, die auch in Zukunft Bestand haben soll. Eine umsatzorientierte Kenngröße, verbunden mit dem Ziel kontinuierlichen Wachstums, gerät hier erkennbar in ein Spannungsfeld.

Die starke politische Fixierung auf das BIP oder BNE¹ und auf entsprechende Wachstumsraten stößt auf wissenschaftlicher Seite bereits seit geraumer Zeit auf Skepsis, die sich vor allem auf Kosten in Produktion und Konsum bezieht, die nicht zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Negative Begleiterscheinungen für die Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen in einer Gesellschaft, die im Zuge

des wirtschaftlichen Wachstums entstehen können, reichen von Schädigungen von Wasser, Boden und Luft über die irreversible Ausbeutung natürlicher Ressourcen bis zur sozialen Desintegration der Menschen, die dem Leistungsdruck nicht mehr gewachsen sind. Auf diese Effekte wird auch nur teilweise mit kompensatorischen Ausgaben reagiert, die oft nur dazu dienen, den vorherigen Stand der Wohlfahrt wiederherzustellen. Bei der Berechnung des BIP/BNE schlagen diese Ausgaben aber positiv zu Buche. Überdies zeigt sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend, dass diese Aufwendungen vermutlich nicht zum Ausbau einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung ausreichen. Gleichzeitig bleibt eine Reihe von wertschöpfenden Aktivitäten im BIP/BNE unberücksichtigt, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, so die Wertschöpfung durch Hausarbeit und durch ehrenamtliche Tätigkeiten.

In der Wahrnehmung von Politik und Öffentlichkeit hat sich jedoch durch die längere Zeit weitgehend erfolgreiche Strategie, ökonomische und soziale Probleme über

* Unter Mitarbeit von Dorothee Rodenhäuser. Das Forschungsprojekt, über das hier berichtet wird, ist mit finanzieller Unterstützung und wissenschaftlicher Begleitung durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium zustande gekommen. Hans Diefenbacher, Roland Zieschank (unter Mitarbeit von Dorothee Rodenhäuser): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – Ein Vorschlag für einen neuen Wohlfahrtsindex, http://www.beyond-gdp.eu/download/BMU_UBA_Endbericht_v20_endg.pdf.

¹ Während die statistische Fachdiskussion seit einigen Jahren dazu tendiert, als Kennziffer das Bruttonationaleinkommen (BNE) zu verwenden, das sich vom BIP nur durch den Saldo des Primäreinkommens aus der übrigen Welt unterscheidet, ist dieser Wechsel in der Öffentlichkeit bislang noch nicht nachvollzogen. Die genannte Studie schließt sich der Verwendung des Terminus BNE an.

Wirtschaftswachstum zu lösen, der Zuwachs an Wohlfahrt über viele Jahre sehr stark mit quantitativem Wirtschaftswachstum verbunden. So wurde nur langsam und zunächst auch nur in der Wirtschaftstheorie stärker akzeptiert, dass es Wirtschaftswachstum ohne Wohlfahrtszuwächse² geben kann – dann nämlich, wenn die negativen externen Effekte des Wachstums die Wohlfahrtsgewinne wieder aufzehren. Und auch das Gegenteil ist möglich: ein Zuwachs an Lebensqualität, der nicht mit Wirtschaftswachstum einhergeht. Die konzeptionelle Schlussfolgerung, den gesellschaftlichen Wohlfahrtsbegriff vom ökonomischen Wachstumsparadigma allein abzulösen, erscheint dennoch und nicht nur in Deutschland bislang schwer vorstellbar, wenn nicht sogar revolutionär. Denn damit wäre möglicherweise eine Abkehr, zumindest aber eine Ergänzung des in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit dominanten Leitindikators für das Wohlergehen einer Gesellschaft verbunden.

Der Nationale Wohlfahrtsindex – das Konstruktionsprinzip

Um die bisherigen Defizite der Sozialproduktberechnung thematisieren zu können, schlagen wir einen aus mehreren Teilindikatoren aggregierten Index vor. Nach einer Auswertung der bislang entwickelten internationalen Ansätze zur alternativen Wohlfahrtsmessung erscheinen die konzeptionellen Ansätze des „Index of Sustainable

² Wir verstehen unter gesellschaftlicher Wohlfahrt die Summe aus der materiellen Grundlage – dem Wohlstand – und zusätzlichen immateriellen Komponenten des Wohlergehens. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung kann in dieser Perspektive als Kombination von intra- und intergenerationaler Wohlfahrt verstanden werden, da mit dem Begriff der Nachhaltigkeit gerade auch die Folgen des heutigen Wirtschaftens für unterschiedliche Schichten der Bevölkerung und für zukünftige Generationen in den Blick geraten, was beim traditionellen Wohlfahrtsbegriff zunächst nicht der Fall ist.

Kernbestand an Variablen für den Nationalen Wohlfahrtsindex

| Variablen (Basisvariante) | Ausprägung |
|--|------------|
| 1 Index der Einkommensverteilung | |
| 2 Gewichtete Konsumausgaben | + |
| 3 Wert der Hausarbeit | + |
| 4 Wert der ehrenamtlichen Arbeit | + |
| 5 Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen | + |
| 6 Dauerhafte Konsumgüter Kosten/Nutzen | +/- |
| 7 Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte | - |
| 8 Kosten von Verkehrsunfällen | - |
| 9 Kosten von Kriminalität | - |
| 10 Kosten des Alkohol- und Drogenmissbrauchs | - |
| 11 Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen | - |
| 12 Schäden durch Wasserverschmutzung | - |
| 13 Schäden im Zuge von Bodenbelastungen | - |
| 14 Schäden durch Luftverschmutzung | - |
| 15 Schäden durch Lärm | - |
| 16 Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung der Fläche von Feuchtgebieten | +/- |
| 17 Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche | - |
| 18 Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen | - |
| 19 Schäden durch CO ₂ -Emissionen | - |

Anmerkung: Die Plus- oder Minuszeichen in der Spalte „Ausprägung“ signalisieren die Funktion der Variable im Sinne eines Beitrags zur Erhöhung oder Verminderung der nationalen Wohlfahrt.

Economic Welfare“ und des „Genuine Progress Indicator“ als eine tragfähige Grundlage, die sich zum einen in verschiedenen Länderfallstudien bewährt haben, und die zum anderen methodisch weiter verbessert und ausgebaut werden können.

Der neue Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) stellt eine monetäre Kenngröße dar, d.h., alle einbezogenen Variablen liegen in monetärer Form als jährliche Stromgröße vor oder könnten theoretisch in dieser Form vorliegen. Insgesamt umfasst der NWI in seiner Grundvariante 21 Variablen, in modifizierten Formen 19 bzw. 23 Variablen.³

• Der NWI geht von der Basisgröße „Privater Verbrauch“ aus. Dieser Ausgangspunkt beruht auf der Annahme, dass der Private Verbrauch – der Konsum von Gütern und Dienstleistungen durch die Haushalte – einen positiven Nut-

zen stiftet und damit zur Wohlfahrt beiträgt.

- Aufgrund der wohlfahrtstheoretischen Überlegung, dass ein zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt eine höhere zusätzliche Wohlfahrt stiftet als für einen reichen Haushalt, wird der Private Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet. Je ungleicher verteilt das Einkommen einer Gesellschaft ist, desto niedriger ist – unter sonst gleichen Bedingungen – der NWI.
- Dann wird die nicht über den Markt bezahlte Wertschöpfung durch Hausarbeit und Ehrenamt einbezogen. Die Entscheidung, diese Formen der Wertschöpfung im BIP/BNE nicht zu berücksichtigen, war bereits zur Zeit der Konzeptbildung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kontrovers diskutiert worden.
- Sechs Indikatoren bilden zusätzliche soziale Faktoren ab, wobei einerseits Wohlfahrt stiftende

³ Ausführliche Erklärungen des Rechenweges und Begründungen der einzelnen Variablen sind im zitierten Endbericht enthalten, dort Kapitel 8.

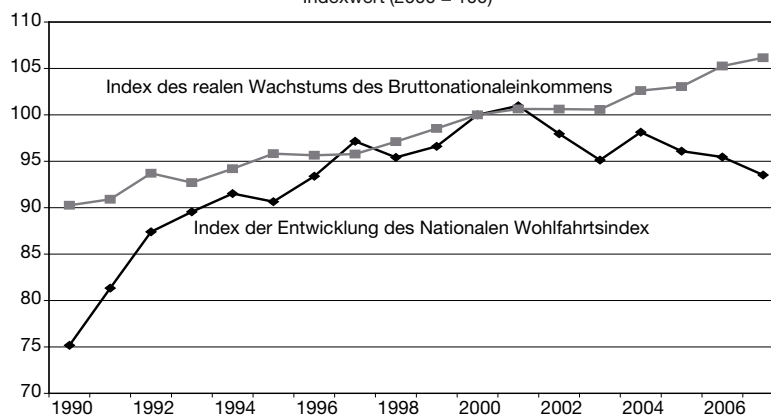
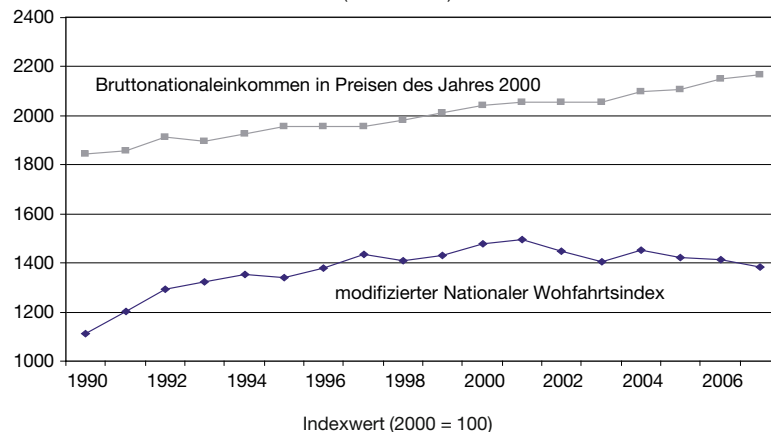
Ausgaben des Staates für Gesundheit und Bildung addiert, andererseits Kosten etwa von Kriminalität oder Verkehrsunfällen abgezogen werden.

- Ökologische Faktoren werden durch weitere neun Variablen erfasst: Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden, Schadenskosten aufgrund unterschiedlicher Umweltbelastungen und Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.
- Schließlich enthält der NWI in seiner Grundform zwei ökonomische Indikatoren, die Nettowertänderungen des Anlagevermögens und die Veränderungen der Kapitalbilanz. Beide Variablen weisen starke Schwankungen auf und sind in ihrem Einfluss beträchtlich. In einer modifizierten Form des NWI werden diese nicht berücksichtigt, um eine konzentrierte Darstellung der wesentlichen ökologischen und sozialen Korrekturen sowie der nicht über den Markt bezahlten Wertschöpfung zu ermöglichen.
- Eine zusätzlich ausgewiesene Variante des NWI bezieht darüber hinaus (negativ) die Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte und (positiv) die öffentlichen Ausgaben zur ökologischen Transformation mit ein.

Die Verlässlichkeit der Datengrundlage ist für die einzelnen Variablen noch sehr unterschiedlich. Während einige Werte auf leicht verfügbaren Primärdaten aus offiziellen Statistiken beruhen, handelt es sich bei anderen um Schätzwerte, die bei einer Weiterentwicklung des NWI durch vertiefende Analysen geprüft werden müssen. Auch die Frage der Monetarisierung kann mit den vorhandenen Daten und Methoden noch nicht immer völlig zufriedenstellend gelöst werden.

Bruttonationaleinkommen und Nationaler Wohlfahrtsindex in Deutschland

(in Mrd. Euro)



Der Nationale Wohlfahrtsindex soll als informatives Pendant das BIP/BNE nicht ablösen, sondern diesem ergänzend gegenübergestellt werden.

Der Nationale Wohlfahrtsindex – Ergebnisse

Vergleicht man den aus den sozialen, ökologischen und ökonomischen Teilindikatoren aggregierten Nationalen Wohlfahrtsindex für den Zeitraum 1990 bis 2007 in seiner modifizierten Form mit dem BNE, ergibt sich das in der Abbildung erkennbare Bild.

Die zentrale Erkenntnis des Vergleichs ergibt sich aus dem Verlauf der Kurven, an dem sich ablesen lässt, ob das BNE die Richtung von Wohlfahrtsänderungen korrekt anzeigt. Die unterschiedliche Entwicklung der beiden Indizes weist

darauf hin, dass dies möglicherweise nicht der Fall ist: Während das BNE über die gesamte Periode recht stetig ansteigt, erreicht der modifizierte NWI um das Jahr 2000 seinen Höhepunkt und sinkt in den letzten Jahren erkennbar. Verantwortlich für das Sinken des NWI sind insbesondere die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung und die negativen externen Effekte im Umweltbereich, deren quantitativ größten Posten die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen darstellen. Positiv eingehende Faktoren, insbesondere der Wert der Hausarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeiten, die ebenfalls zunehmen, können dies nicht ausgleichen.

Der erkennbare Niveau-Unterschied von BNE und NWI ist dem

strukturellen Unterschied in der Konstruktion zuzuschreiben, da die jeweilige Berechnung an einer unterschiedlichen Basis ansetzt. Er kann allerdings auch dahingehend interpretiert werden, dass nicht alle Resultate der Aktivitäten, die mit ökonomischer Wertschöpfung verbunden sind, zur Steigerung der Wohlfahrt beitragen. Der exakte jeweilige Zahlenwert sowohl des NWI als auch – im Zusammenhang einer Wohlfahrtsbetrachtung! – des BNE ist jedoch bedeutungslos, denn Wohlfahrtsmaße sind ordinal skaliert. Aus einem doppelt so hohen Zahlenwert lässt sich also nicht schließen, dass die Wohlfahrt einer Gesellschaft auch exakt doppelt so hoch ist. Wohlfahrtsmaße sind lediglich richtungsstabil, ein höherer Wert drückt also in jedem Fall eine Wohlfahrtssteigerung aus, ein niedrigerer Wert einen Rückgang der Wohlfahrt.

Noch deutlicher wird der Unterschied im Verlauf, wenn man beide Kenngrößen für das Jahr 2000 auf 100 normiert.

Schlussfolgerungen für die politische Debatte

Wenngleich die Frage nach der „realen“ Wohlfahrt eines Landes vermutlich niemals „objektiv“ beantwortet werden kann, machen die unterschiedlichen Entwicklungskurven von NWI und BIP/BNE sie doch evident. Komplementäre Wohlfahrtsmessung in Form eines Index auf derselben Ebene wie das BIP/BNE rückt die Überlegung wieder in das Zentrum, ob letztlich nicht die Wohlfahrt eines Landes das zentrale Ziel darstellt und die Rolle des ökonomischen Wachstums – aufgrund seiner Ambivalenz vor allem unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten – zukünftig anders konfiguriert werden muss.

Diese Überlegung lässt sich weiter präzisieren:

1. Der NWI eröffnet die Chance, andere Quellen des Wohlstands und der Wohlfahrt zu erkennen und zu stärken: Hierzu gehört eine gerechtere Einkommensverteilung, die Wertschätzung sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements und die Minderung von Umweltbelastungen und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.
2. Diese anderen Quellen der Wohlfahrt bilden nicht zuletzt einen wichtigen „Puffer“ in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Denn der NWI dürfte die drastischen Rückgänge des BIP/BNE in den letzten Berichtsperioden nicht im selben Umfang aufweisen (die entsprechenden Rechenergebnisse werden hier jedoch erst in ein bis zwei Jahren vorliegen).
3. Die Abhängigkeit einer Gesellschaft von den ökonomischen Wachstumsraten als zentraler Orientierungsgröße nimmt ab. Aufgrund des mittlerweile erreichten quantitativen Entwicklungsniveaus in den modernen Volkswirtschaften werden die jährlichen Zuwachsraten auch unter „normalen“ wirtschaftlichen Verhältnissen tendenziell absinken. Zudem sind in westlichen Staaten die BIP-Kennzahlen künstlich über massive Verschuldungsstrategien, die entsprechende Aufblähung monetärer Assets – von Immobilien bis Finanzderivaten – und die Einkommensgenerierung über Finanzmärkte hochgehalten worden. Ein modern konstruierter Wohlfahrtsindex würde hier – bei entsprechend zeitnaher Datenverfügbarkeit – Frühwarnsignale liefern können.

4. Umgekehrt: Wohlfahrt mit den im Index enthaltenen Perspektiven kann weiter steigen, selbst wenn das traditionelle ökonomische Wachstum sich abschwächt oder stagniert. Mehr noch: Eine stetige Zunahme ist nicht prinzipiell problematisch – im Unterschied zu BIP/BNE-Steigerungen, die in der Regel zumindest ökologisch nicht nachhaltig sind.
5. Die stärkere Orientierung an gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt ermöglicht – um einen Diskussionsvorstoß zum „Kern“ der traditionellen ökonomischen Argumentationsmuster zu unternehmen – eine stärkere Hinwendung zu qualitativem Wachstum: Im Kontext einer ausdifferenzierteren Wohlfahrtsberechnung findet eine Bewertung statt, die Staaten, die eine Nachhaltigkeitsstrategie ausgearbeitet haben und zielstrebig umsetzen, mittel- und langfristig Vorteile bringen können.
6. Das NWI-Konzept verkennt jedoch nicht die Automatismen der bestehenden Wachstumsimperative, die durch Zinszahlungen für Investitionen, Produktivitätssteigerungen der Industrie, internationalen Wettbewerb und Globalisierung sowie eine Sicherung der Sozialsysteme charakterisiert sind, wobei diese Wachstumsimperative eine Rezession auch nicht verhindern können. Es werden aber zusätzliche Unterscheidungen vorgenommen: Differenziert wird nach Wachstum finanzieller Kenngrößen und nach Wachstum von physischen Kenngrößen, bezogen auf Stoff- und Energieströme sowie auf Eingriffe in Umwelt und Natur. Man wird nicht umhin kommen, die physischen Dimensionen des Wirtschaftswachstums aus klima- und um-

weltpolitischen, nachhaltigkeit-ökonomischen und normativ-ethischen Gründen – intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung – zu begrenzen.

7. Die Schlussfolgerungen aus einem alternativen, ergänzenden Index zum BIP/BNE gehen einerseits in Richtung einer Abkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energie- und Ressourcenverbrauch, letztlich nicht nur in relativen, sondern auch in absoluten Größen. Zum anderen wird damit die ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft angesprochen. Stichworte sind hier „Grüne Innovationen“ und Investments, eine Stärkung der sogenannten „Ecoindustries“, Förderung von Ressourceneinsparungen und Effizienzsteigerungen sowie eine gewisse Abkehr von materiellen Produkten als häufig dominierender Grundlage für die Lebenszufriedenheit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten.
8. Inwieweit ein stärker qualitatives Wachstum im skizzierten Sinne wirklich ausreichende ökologische Entlastungen, neue Arbeitsplätze, bessere Wettbewerbsfähigkeit und eine Entlastung der Staatsausgaben bringt, kann durch eine Wohlfahrtsrechnung wie dem NWI nicht beantwortet werden, zumindest aber angemessener thematisiert werden.

Das neue Berichtssystem enthält eine Reihe politischer Potenziale. So verbessert sich die informatorische Grundlage politischer Entscheidungsfindung, einerseits durch den Vergleich mit dem Verlauf des BIP/BNE – dies ist auch im Hinblick auf die Sichtbarkeit und öffentliche Kommunizierbarkeit alternativer Wohlfahrtsrechnungen

ein Vorteil –, andererseits anhand der gesellschaftlichen Trends, über die die Teilvariablen des Index Aufschluss geben. Die Bereitstellung zuverlässiger und differenzierter Informationen über eine komplementäre Sicht der Wirtschaftsentwicklung stellt zudem eine wichtige Basis dafür dar, dass die Bürgerinnen und Bürger an einer gesellschaftlichen Zieldiskussion teilnehmen: Was bedeutet gesellschaftlicher Fortschritt und wie ist er zu erreichen?

Zum Kontext der internationalen Diskussion

Wie im ersten Abschnitt bereits angedeutet, hat gerade in jüngster Zeit eine Intensivierung der internationalen Diskussion stattgefunden, die insbesondere durch die Initiative „Beyond GDP“ auf europäischer Ebene neu angeregt und jetzt durch den Endbericht der in Frankreich von Staatspräsident Sarkozy eingesetzten „Stiglitz-Kommission“ noch einmal verstärkt wurde.⁴ Durch die vielfältigen Aktivitäten auf internationaler Ebene ist eine große Bandbreite von Bemühungen um alternative Wohlfahrtsmaße entstanden; BIP und BNE verlieren zunehmend nicht nur in Fachkreisen ihre Bedeutung als „Ersatz-Wohlfahrtsmaß“.⁵ Die neue Debatte hat zu einer großen Vielfalt unterschiedlicher Ansätze geführt, ohne dass bislang – und dies vermutlich auch nicht in absehbarer Zeit – eine gewisse Einigung auf einen bestimmten alternativen Wohlfahrtsindex erfolgt.

⁴ Siehe www.beyond-gdp.eu und www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

⁵ Es muss festgehalten werden, dass BIP und BNE von der amtlichen Statistik niemals als Wohlfahrtsmaß gedacht war, sondern sich diese Verwendung nur durch eine vereinfachende Rezeption der zentralen Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Medien, Politik und Öffentlichkeit etabliert hat – der der überwiegende Teil der Wirtschaftswissenschaften allerdings auch nicht deutlich genug widersprochen hat.

In der internationalen Debatte lassen sich heute jedoch bereits einige Positionen beziehungsweise Schwerpunkte von Problemlagen erkennen, die einem breiten Konsens entgegenstehen. Folgende Diskussionslinien stehen im Zentrum dieser Debatte:

- Es kann nicht einfach theoretisch abgeleitet werden, welche Faktoren in Ergänzung zur traditionellen Wertschöpfungsrechnung bei einer Wohlfahrtsmessung berücksichtigt werden müssen.
- Dies scheint jedoch immer weniger als Argument dafür herhalten zu können, eine solche Alternativrechnung gar nicht zu beginnen, selbst wenn die bisher zuständige Statistik immer dann mit einem Legitimitätsproblem konfrontiert wird, sobald die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit bei einer zunehmenden Zahl von Menschen von den publizierten Indices der offiziellen Berichterstattung abweicht.
- Ein ähnliches Phänomen besteht darin, dass bei vielen der zusätzlichen Faktoren Probleme auftreten, sie angemessen zu bewerten, da sie durch Marktpreise gar nicht oder nicht adäquat abgebildet werden können. Viele dieser Bewertungsprobleme sind zudem von erheblicher quantitativer Bedeutung: Der Wertansatz, der der Hausarbeit, der ehrenamtlichen Arbeit, Umweltschäden oder dem Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen zugemessen wird, beeinflusst das Ergebnis der Wohlfahrtsmessung insgesamt ganz beträchtlich.

Dieser Auseinandersetzung vorgeordnet ist im Grunde die Frage nach dem Ziel einer alternativen Wohlfahrtsmessung generell: Soll das gesellschaftliche „Glück“ als Aggregat der je subjektiven Befindlichkeiten, „Lebensqualität“ mit ob-

jektiven und subjektiven Komponenten zugleich oder „Wohlfahrt“ gemessen werden?

Hierscheinen sich zwei Strömungen abzuzeichnen: Einerseits wird der Begriff „Wellbeing“ mit seiner individuellen Lebensperspektive als Kontrapunkt zum BIP gesehen. Andererseits sprechen gute Gründe im Kontext der Diskussion um nachhaltige Entwicklung dafür, den Begriff „Welfare“ mit seiner kollektiven, am Gemeinwohl orientierten

Perspektive stärker zu betonen. Gegenwärtig ist wohl keiner dieser Ansätze überflüssig; die Messungen von „Glück“ und „Lebensqualität“ auf der gesellschaftlichen Mikroebene können inhaltlich die alternativen Wohlfahrtsberechnungen jedoch höchstens ergänzen, keinesfalls komplett ersetzen.

Eine spannende Diskussion aber zeichnet sich nun jenseits der ökonomischen Erörterungen – auch zur Wirtschafts- und Fi-

nanzkrise – ab, nämlich die Frage nach den gesellschaftlichen und politischen Schlussfolgerungen aus alternativen Wohlfahrtsmaßen wie dem NWI. Sie können zu einer Neujustierung von Prioritäten führen – wobei die Fragen nach dem Umgang mit einem stagnierenden Wachstum, einem intendierten „Zero-Growth“ oder gar einer unter Nachhaltigkeitsleitlinien sinnvollen „Decroissance“ und deren Folgen alle Beteiligte vor gänzlich neue Herausforderungen stellen.

Hans Wolfgang Brachinger

Jenseits des BIP: Was soll wie zu welchem Zweck gemessen werden?

Das Bruttoinlandsprodukt ist unter schweren Beschuss geraten. Spätestens seit Präsident Sarkozy im Februar 2008 die Kommission um Joseph Stiglitz damit beauftragt hat, „to identify the limits of GDP as an indicator of economic performance and social progress“, überschlugen sich die Ereignisse. Ende August hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung „GDP and beyond: Measuring progress in a changing world“ zuhanden des Europäischen Parlament verabschiedet.¹ Am 14. September wurde der Stiglitz-Report mit großem Widerhall in der Presse der Weltöffentlichkeit präsentiert.² Im Rahmen des „World Forum on Statistics, Knowledge, and policy“, das die OECD Ende Oktober

im südkoreanischen Busan veranstaltete, tagte zum ersten Mal die „OECD Coordination Group of the Global Project on Measuring the Progress of Societies“. Dieses bei der OECD angesiedelte globale Projekt – dessen Grundstein bereits auf dem ersten OECD World Forum on Key Indicators 2004 in Palermo gelegt wurde – ist mittlerweile zum weltweiten Referenzpunkt für alle Aktivitäten geworden, die nach einer Alternative zum Bruttoinlandsprodukt suchen.

Dieser Aktivismus überrascht. Haben wir nicht alle schon im Grundstudium gelernt, dass das BIP zwar der wichtigste ökonomische Indikator ist, dass er aber gleichzeitig kein besonders guter Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft ist? Es beschränkt den Blickwinkel auf das Ausmaß der Marktaktivitäten und erfasst nur monetäre Größen. Es fehlt der ganze informelle Sektor, die Freiwilligenarbeit, die Schattenwirtschaft. Wichtige Dimensionen wie Umweltqualität, Arbeitsbedingungen,

Freizeit und sozialer Frieden werden nicht erfasst. Und diese Dimensionen sind stark durch die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger geprägt. Das BIP pro Kopf sagt deshalb wenig bis nichts über den Wohlstand der Durchschnittsbürger eines Landes aus. Passiert ist bisher aber kaum etwas. Nur die Beispiele, die gegen das BIP ins Feld geführt werden, haben sich geändert. Statt des Pfarrers, der seine Köchin heiratet und dadurch das BIP reduziert, muss der Hurrikan Katrina, der 2005 New Orleans zerstörte, als Beispiel herhalten. Katrina hat zwar das amerikanische BIP hochgetrieben, aber ob die Wiederaufbauarbeiten den Wohlstand erhöht haben, ist doch mehr als fraglich.

Kluft zwischen amtlicher Messung und öffentlichem Informationsbedürfnis

Tatsächlich geht es bei der Frage, wie ein realitätsnaher Wohlstandsindikator konstruiert sein sollte, auch nicht eigentlich um das BIP. Es geht um viel mehr: Hinter-

¹ Commission of the European Communities. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: GDP and beyond – Measuring progress in a changing world, 10 Seiten, 2009, <http://www.beyond-gdp.eu/EUroadmap.html>.

² J. Stiglitz, A. Sen, J.-P. Fitoussi: Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 291 Seiten, 2009, <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>.

grund der ganzen Diskussionen ist, dass immer mehr Leute merken, dass zwischen dem, was die Statistikämter traditionell messen, und dem, was sie interessiert, eine immer größere Kluft besteht. Stiglitz und Kollegen verstecken dies ein bisschen. Erst bei ihrem vierten Argument, warum ihr Bericht geschrieben wurde, kommen sie zum entscheidenden Punkt. „The standard measures may suggest, for instance that there is less inflation or more growth than individuals perceive to be the case, and the gap is so large and so universal that it cannot be explained by reference to money illusion or to human psychology“.³ Ein besonders eklatantes Beispiel dafür war natürlich die Divergenz zwischen der amtlich gemessenen Inflation und der allgemein „gefühlten“ in den Jahren nach der Euro Bargeld-Einführung.⁴ Die Öffentlichkeit ärgerte sich über die amtlichen Zahlen, weil viele das Gefühl hatten, dass an ihren Bedürfnissen vorbei gemessen wurde und ein Bild der Realität gezeichnet wurde, das ihre wirtschaftliche Situation viel zu rosig erscheinen ließ.

Und diese Diskrepanz hat eine fatale Folge: In Zeiten, in denen es mehr denn je darauf ankommt, über solide und vertrauenswürdige statistische Information zu verfügen, sinkt das Vertrauen der Gesellschaft in die öffentliche Statistik. Die EU-Kommission⁵ betont, dass „people feel distanced from statistical information“. Die Stiglitz-Kommission weist auf Umfragen aus England und Frankreich hin: Nur noch ein Drittel der Bevölkerung vertraut offiziellen Zahlen.

³ Vgl. ebenda, S. 7.

⁴ Vgl. H. W. Brachinger: Index of Perceived Inflation: Assumptions, Method, and Application to Germany, in: Journal of Economic Psychology, Nr. 29, 2008, S. 433-457.

⁵ Commission of the European Communities, a.a.O., S. 4.

Es steht zu befürchten, dass dies in Deutschland nicht viel anders ist. Dem öffentlichen Diskurs über den Zustand der Wirtschaft und die zu ergreifenden Maßnahmen sind solche Tendenzen mitnichten förderlich. Wenn die Öffentlichkeit den amtlichen Daten nicht mehr vertraut, dann ist nicht nur das Ansehen des Statistikamtes gefährdet, sondern letztendlich sogar das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Woher kommt aber die Kluft zwischen dem, was die Statistikämter traditionell messen, und dem, was die Öffentlichkeit interessiert?

„Historisch gewachsenes Tabu“

Statistische Ergebnisse, insbesondere auch amtliche werden gerne als Fakten verkauft, die über Kritik erhaben sind. Gegenstand der Messung und Messmethodik werden wie selbstverständlich als gegeben betrachtet und nicht weiter hinterfragt. Der statistische Charakter wirtschaftsstatistischer Zahlen wird meist unterschlagen. Und dass gerade auch amtliche statistische Ergebnisse zum Teil erhebliche Unsicherheiten und Fehler enthalten, wird nur hinter vorgehaltener Hand konzediert. Verantwortung dafür tragen die statistischen Ämter ebenso wie die Journalisten, die die statistische Information in die Öffentlichkeit tragen.

Der Stil, amtliche statistische Ergebnisse als Fakten zu verkaufen, hat eine lange Tradition. Weichselberger⁶ hat schon vor langem darauf hingewiesen, dass es sich hier wohl um ein „historisch gewachsenes Tabu“ handelt, das seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Ausbau der statistischen Dienste gewachsen ist. Eine Behörde sei erstens nicht anzuzwei-

feln – am wenigsten natürlich von sich selbst – und zweitens zähle ein statistisches Amt nur, was tatsächlich sei, und das sei denn auch so. Man war sich in der amtlichen Statistik stets der Gefahr bewusst, die im schlechten Image des Begriffs „Statistik“ in der Öffentlichkeit liegt. Nur äußerste Genauigkeit in der Aussage und Betonung dieser Genauigkeit schienen geeignet, die latent immer gefährdete Glaubwürdigkeit einigermaßen zu retten. Das ist im Wesentlichen bis heute so.

Dieser Stil stößt allerdings bei den Journalisten bis heute auf allzu offene Ohren. Der „normale“ Journalist will eine klare und möglichst einfache Botschaft. Relativierungen und methodische Unsicherheiten stören da nur. Dass es selbst bei der Messung des BIP methodische Diskussionen gibt, interessiert nicht: BIP ist BIP, und das BIP ist der Indikator für den ökonomischen Wohlstand, basta! Auch bei der Teuerungsmessung war es lange so: Das Bundesamt ist zuständig für die Messung der Inflation und dort macht man das selbstverständlich ordentlich nach allen Regeln der Kunst. Dass es weder bei der Messung des BIP noch bei der Erfassung der Teuerung eine unumstößliche für alle Zeiten in Stein gemeißelte Methodik gibt, wollen die meisten Journalisten nicht hören. Doch die Öffentlichkeit will sich schon seit geraumer Zeit nicht mehr mit dieser Symbiose von amtlicher Statistiktradition und ihren Transporteuren abfinden. In den Zeiten nach der Euro-Bargeldeinführung nahm man weder die Pressemeldungen des Amtes noch die daraus resultierenden Zeitungsartikel ernst.

Nicolas Sarkozy ist der erste Spitzenpolitiker, der nicht mehr bereit war mitzuspielen. Nicht nur, dass er, kaum im Amt, seinen Chefstatistiker wegen „unbefriedigen-

der“ Inflationszahlen entlassen hat. Er merkte, dass die Öffentlichkeit mit dem gegenwärtigen Zustand der statistischen Information nicht mehr zufrieden war und dass es an der Zeit war, eine breite öffentliche Diskussion über die Relevanz der amtlichen statistischen Daten zu führen. Dabei geht es ihm, wie man auf der ersten Seite des Stiglitz-Reports lesen kann, weniger um die altbekannten Probleme des BIP, sondern darum „to consider what additional information might be required for the production of more relevant indicators of economic performance and social progress and to assess the feasibility of alternative measurement tools“.

Die Notwendigkeit eines Deutungsmusters

Durch Sarkozys Forderung nach der „Produktion“ von relevanten Indikatoren schimmert allerdings ein naives Verständnis von Statistik. Er scheint von der impliziten Annahme auszugehen, dass ein unmittelbarer und voraussetzungsloser Zugang zur ökonomischen Realität möglich ist. Die Konzipierung eines Indikators für die Performanz einer Volkswirtschaft erfordert aber ein Vorverständnis, mit dem man an dieses Messproblem herangeht. Dieses Deutungsmuster entscheidet darüber, auf welche Art und Weise man sich der ökonomischen Leistungskraft einer Volkswirtschaft nähert und welche Aspekte der Leistungskraft wahrgenommen bzw. ausgeblendet werden. Die Entwicklung eines Indikators, der die ökonomische Performanz einer Volkswirtschaft und den sozialen Fortschritt erfassen soll, setzt eine begrifflich-konzeptionelle Vororientierung darüber voraus, was man unter „ökonomischer Performanz“ und „sozialem Fortschritt“ verstehen will.

Im Stiglitz-Report⁷ wird etwa das Problem der Teuerungsmessung angesprochen. Es wird darauf hingewiesen, dass in Europa nach der Euro bargeld-Einführung die offiziellen Inflationsraten deshalb heftig kritisiert wurden, weil sie nach allgemeiner Wahrnehmung die tatsächliche Teuerung unterschätzt hätten. Die Stiglitz-Kommission betont, dass dies teilweise darauf zurückzuführen sei, dass die Inflationswahrnehmung eben von den „im Verbraucherpreisindex präsentierten nationalen Durchschnittsn“ abweiche. An mehreren Stellen des Reports wird betont, dass die öffentliche Statistik neben objektiven Indikatoren auch subjektive Maße in ihr Informationsangebot aufnehmen sollte.

Diese Empfehlung birgt nicht unerheblichen Zündstoff wie die jüngste Vergangenheit zeigt. Bei genauerem Hinsehen stellten die öffentlichen Attacken gegen die amtlichen Verbraucherpreisindizes nämlich keine Attacken gegen die Art und Weise geschweige denn die Genauigkeit der Berechnung der Verbraucherpreisindizes dar, sondern vielmehr Attacken gegen das diesen Indizes zugrunde liegende Deutungsmuster der Inflation. Bei den amtlichen Verbraucherpreisindizes steht die Perspektive des Verbrauchers, der in einer Periode bestimmte Güter in einem gewissen Ausmaß konsumiert, im Zentrum des Interesses. Aus dieser Perspektive sind Güter dann besonders wichtig, wenn ihr Anteil an den Kosten des Warenkorb hoch ist. Aus der Perspektive des Käufers steht demgegenüber die Häufigkeit im Vordergrund, mit der einzelne Güter gekauft werden. Für den Käufer sind

Güter dann besonders wichtig, wenn sie häufig gekauft werden.⁸

Dieses Beispiel zeigt, dass Deutungsmuster weder wahr oder falsch sind, sondern bestenfalls fruchtbar oder unfruchtbar. Die beiden Deutungsmuster der Teuerung sind durch ein unterschiedliches Vorverständnis von Teuerung geprägt, sie verfolgen unterschiedliche Erkenntnisziele. Was soll nun im Rahmen der verschiedenen Aktivitäten, die herkömmliche BIP-Messung zu überwinden, gemessen werden? Wie soll im Falle divergierender subjektiver und objektiver Indikatoren mit dieser Information umgegangen werden? Noch ist man weit davon entfernt, ein solches Erkenntnisziel formuliert zu haben oder überhaupt formulieren zu können.

Die Mehrdimensionalität des Adäquationsproblems

Die Entwicklung eines Wohlfahrtsindikators hat eine weitere, noch höhere Hürde zu überwinden, die Frage nach dem „Wie“? Wohlfahrt ist offensichtlich ein Phänomen, von dem man im Grunde nur eine mehr oder weniger vage und verschwommene Vorstellung hat. Ausgehend von einem bestimmten Deutungsmuster muss Wohlfahrt geeignet operationalisiert werden. Seit den Arbeiten der Frankfurter Schule der deutschen Statistik weiß man, worin das Problem besteht: Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Begriffe sind stets Idealtypen im Sinne Max Webers, die als Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar sind. Operationalisierungen sind dagegen empirische Gattungsbegriffe. Zwischen beiden Begriffsarten besteht eine grund-

⁸ Vgl. H. Jungermann, H. W. Brachinger, J. Belting, K. Grinberg, E. Zacharias: The Euro Changeover and the Factors Influencing Perceived Inflation, in: Journal of Consumer Policy, Nr. 30, 2007, S. 405-419.

⁷ J. Stiglitz et al., a.a.O., S. 21 f.

sätzlich unüberwindliche logische Diskrepanz.

Das Adäquationsproblem wurde bisher stets in einer in gewisser Weise eindimensionalen Form betrachtet: Es ging immer darum, eine bestimmte idealtypische ökonomische Variable wie etwa Inflation oder Arbeitslosigkeit oder auch das BIP geeignet zu operationalisieren. Das war und ist kompliziert genug. Jetzt kommt zum altbekannten Adäquationsproblem eine weitere Komplikationsstufe dazu: Wohlstand und gesellschaftlicher Fortschritt, um die es jetzt geht, sind sicher nicht mehr eindimensional, sie sind mehrdimensionale Idealtypen. Der Kanadische Index of Wellbeing (CIW) etwa zielt auf nicht weniger als acht Dimensionen: Sie reichen von „good living standards“ über „sustainable environment“ bis hin zu „balanced time use“ und „dynamic arts and culture“.

Und für die Operationalisierung eines mehrdimensionalen Idealtypus gilt erst recht, was für eindimensionale gilt: Im Allgemeinen ist eine Vielzahl von Operationalisierungen denkbar. Jede Operationalisierung kann dabei einerseits nur einen Teilaspekt eines idealtypischen Begriffes erfassen, andererseits umfasst sie aber auch Aspekte, die über den zu operationalisierenden Begriff hinaus gehen. Nahezu jede statistische Umsetzung eines beliebigen wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Begriffes verdeutlicht dies. Die amtliche Arbeitslosenquote umfasst einerseits Leute, die man da eigentlich nicht subsumieren will, andererseits fehlen all jene, die nicht mehr motiviert sind, sich arbeitslos zu melden. Es ist ausgeschlossen, dass man für die wirtschaftliche Performanz je eine Operationalisierung finden wird, die exakt das gewünschte Bedeutungsspektrum abdeckt.

Hinzu kommt, dass an Messungen „jenseits des BIP“ der Anspruch gestellt wird, neben objektiven auch subjektive Komponenten des Wohlstands zu erfassen. Zur Messung von subjektiven Aspekten der ökonomischen Performanz gibt es aber grundsätzlich zwei Alternativen, wie der Fall der Messung der Inflationswahrnehmung zeigt. Die subjektive Inflationswahrnehmung kann einerseits mit Hilfe einer Balance-Statistik auf der Grundlage eines Surveys erfasst werden, wie das die EU im Rahmen des monatlichen EU Consumer Surveys macht. Die wahrgenommene Inflation kann aber auf der Grundlage bestimmter Modellannahmen auch direkt aus den amtlichen Preisdaten geschätzt werden, wie das Beispiel des Index der wahrgenommenen Inflation (IWI)⁹ zeigt. Für beide Ansätze gibt es Für und Wider.

Was heißt „relevant“?

Schließlich ist zu fragen, was eigentlich unter „Relevanz“ verstanden werden soll. Die traditionelle Position der amtlichen Statistik war stets, dass das Bild, das sie von der ökonomischen Wirklichkeit zeichnet, die Realität „bestmöglich abbilden“ soll. Ein statistischer Indikator ist dann relevant, wenn er „ein möglichst getreues Abbild der Wirklichkeit“ liefert. Nach dieser Vorstellung kann ein statistischer Indikator durch einen einfachen Vergleich mit dem Realitätsausschnitt, über den er zu informieren vorgibt, beurteilt werden. Diese Vorstellung ist naiv, weil dabei implizit angenommen wird, dass der Realitätsausschnitt als solcher die gewünschte Information faktisch bereits enthält, nur noch nicht in quantifizierter Form.

Das Problem der Messung des ökonomischen Wohlstands ist aber gerade dadurch gekennzeichnet,

dass die für die Entwicklung eines statistischen Indikators notwendige Struktur in der ökonomischen Realität noch nicht angelegt ist. Zu einer genau umrissenen Quantifizierungsaufgabe wird dieses Informationsproblem erst durch eine konstruktive Leistung, die in der Entwicklung einer praktischen Konzeption zur Messung der ökonomischen Performanz liegt. Die Entwicklung eines derartigen Indikators erfordert es also, das Phänomen der ökonomischen Performanz geeignet zu strukturieren, d.h. ein Deutungsmuster zu spezifizieren und das Adäquationsproblem zu lösen. Ein konkreter statistischer Indikator wie der Kanadische CIW-Index kann nicht als Rekonstruktion einer unabhängig vorgegebenen Struktur betrachtet werden. Er stellt vielmehr eine Konstruktion dar, mit der dem Informationsproblem erst diejenige Eigenschaft hinzugefügt wird, die ihm nach einem weit verbreiteten naiven Missverständnis von Statistik stets bereits in natürlicher Weise innewohnt, nämlich Quantifizierbarkeit.

Nach diesem Verständnis steht aber im Gegensatz zur naiven Vorstellung die ökonomische Realität als objektiver Vergleichsmaßstab zur Bewertung der Relevanz eines Performanzindikators nicht mehr zur Verfügung. Für die Beurteilung der Relevanz eines solchen Indikators gibt es keinen unabhängigen Vergleichsmaßstab mehr. Bei der Beurteilung eines Performanzindikators geht es nicht mehr darum, ob er im Vergleich mit einem bestimmten Realitätsausschnitt mehr oder weniger wahr oder falsch ist, sondern darum, inwieweit er sich im Hinblick auf seinen Zweck als fruchtbar und nützlich erweist. Um festzustellen, ob ein Performanzindikator seinen Zweck erfüllt, hat man seine Grundlagen einer kriti-

⁹ Vgl. H. W. Brachinger, a.a.O.

schen Reflexion zu unterziehen. Es ist zu prüfen, inwieweit die Spezifizierungen, auf denen er beruht, gegenüber alternativen Spezifizierungen vernünftig begründet sind.

Spannungsverhältnis zwischen Statistikämtern und Regierungen

Erklärtes Ziel der einleitend genannten Aktivitäten ist es, das Vertrauen in die öffentliche Statistik zu sichern. Dazu sollen Indikatoren

entwickelt werden, die näher an der ökonomischen und sozialen Realität der Bevölkerung dran sind als das BIP. So weit so gut. Und wer garantiert, dass dies tatsächlich der Fall ist? Zwischen amtlicher Statistik und nationaler Regierung besteht ein Spannungsverhältnis. Regierungen waren schon immer daran interessiert, dass etwa die Arbeitslosenzahlen und die Inflationsraten möglichst niedrig sind.

Dieses Spannungsverhältnis wird um zusätzliche Dimensionen erweitert werden, wenn neue komplexere Wohlstandsmaße etabliert werden, die auch subjektive Komponenten umfassen. Die Unabhängigkeit der nationalen statistischen Ämter wird wichtiger sein denn je. Die Beziehung zwischen den nationalen amtlichen Statistikern und ihren Regierungen wird spannen-der, aber auch schwieriger werden.

Gert G. Wagner

Zufriedenheitsindikatoren – Keine einfachen Zielwerte für die Politik

Dieser Beitrag will nicht das gesamte Papier der „Sarkozy Initiative“ diskutieren, sondern auf eine einzige Facette dieses Papiers näher eingehen: der Messung von „Wohlstand“ bzw. „Wohlergehen“

mit Hilfe subjektiver Indikatoren, die auf der repräsentativen Erfragung von „Glück“ oder „Zufriedenheit“ beruhen. Dieser eingeschränkte Fokus ist vor allem darin begründet, dass der Autor für die Erhebung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verantwortlich ist,¹ das eine viel und intensiv genutzte Datenbasis für Zufriedenheitsforschung ist.² Andere Ansätze, z.B. die Messung „objektiver“ Sozialindikatoren, sollen durch diese Beschränkung des Fokus nicht diskreditiert werden. Es geht dem Autor vielmehr um die Beleuchtung eines speziellen Aspektes der Debatte, der in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung gewonnen hat.

Die Zufriedenheits- bzw. „Glücks“-forschung – ein neuer Zweig in den Sozial- und Wirt-

schaftswissenschaften – hat in etlichen Studien festgestellt, dass in Staaten wie Dänemark, der Schweiz oder Österreich die Menschen besonders zufrieden sind. Dies zeigt auch das „Sarkozy Papier“. Dieser Befund leuchtet vielen Menschen in Deutschland ein, die davon überzeugt sind, dass z.B. die skandinavischen Länder Vorbild für die deutsche Politik sein könnten. Aber kann man aus derartigen Befunden wirklich Entscheidungshilfen zur Steigerung der Lebenszufriedenheit in Deutschland ableiten? Streng genommen sagt das Ergebnis des internationalen Vergleichs nur, dass ganz unterschiedliche Ausgestaltungen der Gesellschaft und des Sozialstaates zum Ziel führen können, wenn man sich beispielsweise die institutionellen Unterschiede zwischen der Schweiz und Dänemark klar macht. Was soll man daraus lernen können?

Betrachtet man die Ergebnisse der Zufriedenheitsforschung genauer, dann kann man aus Detailbefunden durchaus vorsichtig poli-

¹ Dieser Aufsatz ist dem 30jährigen Jubiläum des DFG-Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ gewidmet, der von 1979 bis 1990 versuchte, die Ideen der „Sozialindikatorenbewegung“ praktisch umzusetzen (vgl. dazu z.B. Reinhard Hujer, Gert G. Wagner: Grundlagenforschung für eine aktive Gesellschaftspolitik, in: Karl Stackmann, Axel Streiter (Hrsg.): Sonderforschungsbereiche 1969 - 1984, Weinheim 1985, S. 37-56; Richard Hauser, Notburga Ott, Gert G. Wagner (Hrsg.): Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik – Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin 1994; sowie Richard Hauser, Uwe Hochmuth, Johannes Schwarze (Hrsg.): Grundlagen der Gesellschaftspolitik – Ausgewählte Probleme und Lösungen, Berlin 1994). Der Autor wuchs als Wissenschaftler in diesem SFB auf. Auch das für die Sozialindikatorenforschung der alten wie der neuen Art (deskriptive Berechnung von Indikatoren bzw. (kausal-)analytische Bestimmung von Determinanten der Zufriedenheit) wichtige „Sozio-oekonomische Panel (SOEP)“ wurde in diesem SFB konzipiert und in die Tat umgesetzt. Der Autor dankt insbesondere den Initiatoren dieses SFB, Hans-Jürgen Krupp und Wolfgang Zapf, sowie seinem Doktorvater Christof Helberger, für die Chance, sich in diesem innovativen SFB wissenschaftlich entwickeln zu können.

² Vgl. dazu Gert G. Wagner: Wie die 11er-Skala in das SOEP kam – Ein Beitrag zu den Problemen und Möglichkeiten multidisziplinärer Forschung und zugleich eine Fußnote zum Design der SOEP-Stichprobe, in: J. Schwarze, J. Rübiger, R. Thiede (Hrsg.): Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung im Wandel – Festschrift für Christof Helberger zum 65. Geburtstag, Hamburg 2007, S. 40-62.

tisch sinnvolle Schlussfolgerungen ziehen, wenn man sich gleichzeitig die Grenzen dieser Forschung bewusst macht. Und diese Grenzen können nur zu der am Ende dieses Beitrags gezogenen Schlussfolgerung führen, dass es niemals eine staatliche oder halb-staatliche Glücks- oder Zufriedenheitsmessung geben sollte. Wohlgemerkt: die Grenzen sprechen nicht gegen Zufriedenheitsforschung an sich, sondern nur gegen eine Zufriedenheitsforschung, deren Ergebnisse unmittelbar in politische Ziele und Handlungen eingehen. Dies ist streng genommen auch keine spezielle Schlussfolgerung bezüglich der Zufriedenheitsforschung, sondern eine Schlussfolgerung, die für jede Art von sozialen Indikatoren, einschließlich der traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), gilt: statistische Indikatoren können politische Diskurse und Streit und demokratische Wahlen keinesfalls ersetzen.

Ausgewählte Befunde

Die folgenden Befunde und Schlussfolgerungen³ beruhen alle auf der für Deutschland repräsentativen Längsschnittstudie „Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)“, die die Zufriedenheit von Personen und Schichten erfasst. Deswegen ist der Begriff „Zufriedenheitsforschung“ auch treffender als der aus dem Englischen übersetzte Begriff „Glücksforschung“. Der englische Begriff der „Happiness“, die ja nichts mit zufälligem Glück im eigentlichen Sinne zu tun hat, wird von Journalisten aber gerne mit dem Begriff „Glück“ übersetzt. Wenn überhaupt Glück im Spiel ist, müsste es im Deutschen „Glücklichsein-Forschung“ heißen. Treffender ist der Begriff Zufrieden-

heitsforschung, denn die im SOEP und vielen anderen Surveys (so z.B. dem European Social Survey – ESS) benutzte Frage und abhängige Variable der Analysen lautet „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit ihrem Leben?“. Im Englischen geht es also um „Satisfaction“.

Analysiert man diese Daten, dann stellen eine Vielzahl von Autoren fest, dass die Lebenszufriedenheit kaum vom Einkommen abhängt und sehr viel mit guter Bildung zu tun hat,⁴ die wiederum mit Arbeitsbedingungen einhergeht, die Spielraum für eigene Entscheidungen geben. Und wer viel Zeit mit Freunden und in Vereinen und Ähnlichem verbringt, der ist zufriedener mit seinem Leben. Arbeitslosigkeit wirkt verheerend. Sie reduziert die Lebenszufriedenheit schlagartig und die Unzufriedenheit wird auch im Durchschnitt nicht sofort überwunden, wenn man wieder Arbeit findet. Ähnlich wirkt unter den sozial bedingten Ereignissen nur die Verwitwung (eigene Krankheit und Tod von Kindern sind andere Kategorien).

Wie vorsichtig man jedoch mit politischen Schlussfolgerungen aus der Zufriedenheitsforschung sein muss, zeigt der Befund, dass Menschen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, zufriedener sind als andere. Aber dadurch ist keineswegs bewiesen, dass ehrenamtliche Tätigkeit auch diejenigen, die erst durch politische Maß-

nahmen ein Ehrenamt annehmen würden, oder gar sanft – im Sinne der „Brave New World“ von Aldous Huxley – dazu gedrängt würden, zufriedener machen würde.

Hintergrund für politische Schlussfolgerungen, die man vernünftigerweise ziehen kann, ist die generelle Erkenntnis der Zufriedenheitsforschung, dass es trotz eines positiven Zusammenhangs zwischen Einkommen und Zufriedenheit in modernen Wohlfahrtsstaaten (die also bereits ein beachtlich hohes Einkommensniveau erreicht haben) weniger auf die absoluten Einkommen als auf die relativen Einkommenspositionen innerhalb der Bevölkerung ankommt. Eine Einkommenserhöhung steigert insbesondere dann die Zufriedenheit, wenn sie zu einer relativen Positionsverbesserung führt. Der Haken an der Sache ist: wenn jemand innerhalb der Einkommenshierarchie aufsteigt, dann muss zwangsläufig ein anderer an Status verlieren.

Es können nicht alle gleichzeitig an der Spitze der Einkommenshierarchie stehen. Die Einkommens-Zufriedenheit des einen geht also zu Lasten eines anderen in einer Gesellschaft. Das heißt: eine Politik, die in ohnehin schon reichen Gesellschaften, wie es die Gesellschaft in Deutschland nach wie vor ist, allein auf Einkommenserhöhungen setzt, kann die Bevölkerung nicht nachhaltig zufriedener machen. Man kann daraus aber auch nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass es auf das Einkommen gar nicht ankommt. Aber andere Bereiche, z.B. ein Arbeitsplatz und die damit verbundenen sozialen Kontakte, sind mindestens genau so wichtig.

Die Grenzen der Zufriedenheitsforschung werden aber auch deutlich, wenn man z.B. die durchaus zutreffende Schlussfolgerung

³ Vgl. auch Jürgen Schupp, Gert G. Wagner: Was Glücksforschung kann, in: die tageszeitung vom 14. Juli 2007.

⁴ Vgl. zusammenfassend Bruno S. Frey, Alois Stutzer: Ökonomische Analyse des Glücks – Inspirationen und Herausforderungen, in: Die Unternehmung – Swiss Journal of Business Research and Practice, 3/2009, S. 263-282. Bruno S. Frey hat im Übrigen sehr viele empirische Befunde zu den Determinanten der Zufriedenheit vorgelegt und direkt zum Thema dieses Beitrags einen vorzüglichen Überblick geschrieben: Bruno S. Frey, Alois Stutzer: Should National Happiness Be Maximized?, CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich 2007.

zieht, dass eine hohe Besteuerung von Spitzeneinkommen, die Lebenszufriedenheit der Betroffenen kaum mindern würde, da hohe Einkommen nicht glücklich machen. Freilich ist aber noch nicht erforscht, ob eine deutlich höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen dazu führen würde, dass weniger in Bildung investiert wird, weil sich das ja weniger lohnen würde. Dadurch könnte wiederum das Arbeitslosigkeitsrisiko steigen. Und Arbeitslosigkeit wirkt – so zeigen die Befunde eindeutig – auf die Lebenszufriedenheit fast so schlimm wie die Hilflosigkeit, die mit schwerer Pflegebedürftigkeit verbunden ist.

Dass Arbeitslosigkeit nachhaltig schmerzt und dauerhafte seelische Narben hinterlässt, ist für viele Menschen keine Überraschung. Für viele Ökonomen jedoch durchaus. Die Chicago-Ökonomen behaupten per Modellannahme ja sogar, dass Arbeitslosigkeit immer freiwillig gewählt sei. Das stimmt aber – und das ist empirisch äußerst solide bewiesen – nicht.

Nach den Ergebnissen der Zufriedenheits-Forschung führt deswegen eine Ausweitung öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen – neben der gesellschaftlichen Reintegration Langzeitarbeitsloser – zu einem Ansteigen von Zufriedenheit. Auf der anderen Seite kosten öffentlich geförderte Jobs den Steuerzahler Geld und es können normale Arbeitsplätze verdrängt werden. Offenkundig ist die Gesamtbilanz nicht eindeutig und die Politik muss entscheiden, was sie will.

Ein glasklarer Befund der Zufriedenheitsforschung ist auch, dass Pendeln zum Arbeitsplatz – je weiter weg und je länger man das macht – die Lebenszufrieden-

heit reduziert.⁵ Offenbar schätzen Leute, die sich zum Pendeln entschließen, die langfristigen Folgen nicht richtig ein. Es wäre aber offenkundig sinnlos Pendeln zu verbieten. Die Politik kann allenfalls mit klugen Informationskampagnen auf die schädlichen Folgen aufmerksam machen und Anreize setzen, weniger zu pendeln. Etwa durch Abschaffung der Pendlerpauschale. Eine solche Abschaffung trägt aber kurzfristig – wie wir wissen – nicht zur Beliebtheit einer Regierung bei, da viele Pendler ja nicht sofort einen neuen Arbeitsplatz finden. Neben den negativen psychischen Folgen des Pendelns haben sie dann obendrein noch weniger Geld in der Tasche. Würde man die Wohnungsmärkte flexibler machen, um das Umziehen zu erleichtern, kann man das Pendeln zum Arbeitsplatz auch reduzieren. Aber flexible Wohnungsmärkte reduzieren auch den Mieterschutz und das ist politisch zweischneidig. Offenkundig ist hier politischer Gestaltungswille gefragt und nicht eine technokratische Umsetzung eines für sich genommen eindeutigen wissenschaftlichen Ergebnisses.

Die jüngste Zufriedenheitsforschung hat insbesondere auch gezeigt, dass der Mensch sich nicht an alle widrigen Lebensumstände anpasst – was von vielen Psychologen und im Volksmund behauptet wird. Vielmehr heilt die Zeit nicht alle Wunden. So schmerzt Arbeitslosigkeit sehr lange. Und noch mehr leiden Menschen darunter, wenn sie als Erwachsene eine Behinderung erleiden. Eine Politik, die Unfälle und damit Behinderungen so gut es geht vermeidet, erspart vielen Menschen lebenslange Unzufriedenheit. Die Bedeutung von

Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz und in der Freizeit, insbesondere auch im Straßenverkehr, kann gar nicht überschätzt werden. Die geplante Reform der gesetzlichen Unfallversicherung, die die Prävention, also Unfallverhinderung, stärken soll, geht in die richtige Richtung.

Konsequenzen für die Statistische Infrastruktur

Was ist im Lichte der oben genannten Befunde zu Ideen zu sagen, „Zufriedenheit“ oder „Glück“ amtlich zu messen und zur Grundlage von politischen Diskursen und Handlungen zu machen?

Da Zufriedenheit und Glück schwer fassbare und nachmessbare Konzepte sind, liegt es erst einmal nahe, die Validität derartiger Messungen grundsätzlich anzuzweifeln. Dies im Sinne von Churchills Verdikt „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe“ zu tun, geht aber gleich zweifach an der Sache vorbei. Denn: Churchill hat den Satz niemals gesagt, sondern er wurde ihm von Joseph Goebbels in den Mund gelegt, der von britischen Erfolgen ablenken wollte. Statistiker sind weltweit ungewöhnlich penible und unbestechliche Menschen. Als realistischer Angelsachse hat Churchill sogar das Gegenteil des ihm in den Mund gelegten Propagandaspruches gesagt: „Look at the facts, because the facts look at you.“

In westlichen Demokratien sind Manipulationen kein Problem von Statistiken. Man kann den Statistischen Ämtern zu recht vertrauen. Und trotzdem ist eine amtliche Zufriedenheitsstatistik, die zur Leitlinie der Politik gemacht würde, nicht sinnvoll.⁶ Denn das eigentliche Problem besteht darin, dass

⁵ Vgl. dazu Bruno S. Frey, Alois Stutzer: Stress that Doesn't Pay: The Commuting Paradox, in: Scandinavian Journal of Economics, Bd. 110, Heft 2, S. 339-366.

⁶ Vgl. auch Bruno S. Frey, Alois Stutzer, a.a.O.

dann, wenn einfache statistische Zielwerte zum Maßstab der Politik gemacht werden, das Verhalten der Politik und der Wirtschaft sich in der Regel daran – gegebenenfalls trickreich – anpasst, sodass das statistische Ziel seine Aussagefähigkeit verliert und es sinnlos, wenn nicht gar gefährlich wäre dorthin zu steuern.

Der britische Ökonom und Zentralbankberater Charles Goodhart hat – aufgrund von enttäuschenden Erfahrungen mit nutzlosen Zielen, die Margret Thatcher für die Geldpolitik formulieren ließ – die Nutzlosigkeit statistischer Zielwerte sogar zu einem sozialwissenschaftlichen Gesetz erhoben.⁷ Manche vergleichen Goodhart's Law mit Heisenbergs „Unschärferelation“: Wenn man allzu genau misst, beeinflusst man das Messobjekt.

Manipulationen der Statistik

Erstes Beispiel:⁸ Als es für Deutschland im Jahr 1997 galt, als „Eintrittskarte“ in die Euro-Zone die Nettoneuverschuldung unter 3% des BIP zu halten, um die Eintrittskarte in die Eurozone zu lösen, konnte man nahezu lehrbuchreif beobachten, dass statistische Zielwerte die Politik verleiten, trickreiche Umgehungen zu suchen. In Deutschland wurde zur Erreichung der 3%-Marke nicht plump die Statistik gefälscht (was aufgrund der Unabhängigkeit des Statistischen Bundesamtes auch schlicht und einfach unmöglich ist), vielmehr hat

Ende 1997 der Bund sein Ausgabenverhalten geändert: So wurden einige Beschaffungen auf den Jahresanfang 1998 geschoben, Vermögen verkauft und Arbeitslosengeld später ausgezahlt (was alles völlig legal war), um die Verschuldung 1997 unter dem 3%-Maximum zu halten. Formal war alles korrekt, aber es konnte keine Rede davon sein, dass Deutschland seine Verschuldung nachhaltig gesenkt hatte.

Weitere Beispiele:⁹ Weltweit sind politische Manipulationen am Begriff des „registrierten Arbeitslosen“ üblich. So wird den konservativen britischen Regierungen nachgesagt, dass sie den Begriff der Arbeitslosigkeit 50 mal verändert haben, um mit niedrigen Quoten glänzen zu können. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die OECD haben deswegen eine eigene, international standardisierte Methode vorgeschlagen, Erwerbslosigkeit festzustellen. Sie beruht auf Befragungen der Bevölkerung. Im Prinzip sind solche Stichproben-Erhebungen immer etwas ungenau, aber sie sind gegen nationale Definitions-Manipulationen gefeit. Seit 2005 misst das Statistische Bundesamt übrigens mit dieser Methode, die damals statt 5,2 Mio. Arbeitsloser nur 4 Mio. Erwerbslose auswies, die tatsächlich nach Arbeit suchen. Die Bundesregierung scheute sich damals – zu Recht – dies als Erfolg zu feiern.

Beeinflussung des Messobjektes

Wie statistisch definierte Ziel-Indikatoren auch menschliches Verhalten unbeabsichtigt verändern können, zeigt wiederum Großbritannien. Dort wird im Zuge einer Reform die Leistung von Lehrern

anhand der Leistungen der „Median-Schüler“ in ihren Klassen gemessen. Der Median kennzeichnet den mittleren Wert besser als der uns allen vertraute arithmetische Mittelwert, bei dem im Falle der Schüler alle Leistungen (etwa gemessen in Noten) aufaddiert und durch die Zahl der Schüler dividiert werden. Da alle Leistungen eingehen, ist der Mittelwert empfindlich gegenüber typischerweise besonders fehlerhaft gemessenen sehr schlechten wie sehr guten Leistungen. Der Median ist hingegen eine „robuste“ Messung der mittleren Leistung. Zu seiner Ermittlung werden alle Schülerleistungen der Reihe nach angeordnet (beginnend mit der schlechtesten und endend mit der besten Leistung). Der Median ist jene Leistung, die der genau in der Mitte dieser Reihe liegende Schüler hat. Fehlerhafte Messungen unten und oben beeinflussen den Wert nicht; insofern eine sinnvolle „robuste Statistik“. Aber was passiert, wenn man die Leistungen eines Lehrers anhand des Medians bewertet? Der Lehrer konzentriert sich auf die in der Mitte liegenden Schüler und vernachlässigt sowohl die besonders Förderungsbedürftigen wie die besonders Begabten. Ein wahrlich erschütterndes Beispiel für Goodhart's Law.

Würde man die erfragte Lebenszufriedenheit zu einem amtlichen und gar regierungsoffiziellen Zielindikator machen, dann würde wahrscheinlich nicht nur die Regierung versuchen, Bevölkerungsgruppen durch „Wohltaten“ zu hohen Zufriedenheitsäußerungen zu bewegen, sondern Opposition und zivilgesellschaftliche Bewegungen könnten zu strategischen Unzufriedenheitsangaben aufrufen, um der Regierung zu schaden bzw. um Vorteile für sich herauszuschlagen. Und für Befragte wäre dies riskolos. Es

⁷ Die Idee wurde von Charles A. E. Goodhart ursprünglich 1975 publiziert und später präsentiert in C. A. E. Goodhart: *Monetary Theory and Practice*, Basingstoke 1984. Vgl. für einen Überblick Paul Mizen (Hrsg.): *Central Banking, Monetary Theory and Practice*, Cheltenham 2003; und darin insbesondere den Aufsatz von Alec Chrystal, Paul Mizen: *Goodhart's Law: Its Origins, Meaning and Implications for Monetary Policy*.

⁸ Vgl. auch Gert G. Wagner: Zahlen lügen nicht, sie verführen, in: *die tageszeitung* vom 1. April 2005, 27. Jg., 13. Woche, Nr. 7628, S. 11.

⁹ Vgl. auch Bruno S. Frey, Alois Stutzer, a.a.O., S. 10 f.

kann ja nicht geprüft werden, ob jemand bei einem Survey – und sei es ein hochamtlicher – lügt. Und Befragungen in Verbindung mit einem Lügendetektor oder einem „Gehirnscan“ mittels funktioneller Magnetresonanztomographie (einer Methode, die Gehirnaktivitäten sichtbar macht) sind weder machbar noch zu verantworten, sondern wären der reine Irrsinn. Es ist offenkundig, dass regierungsamtliche Zufriedenheitsziele zu unsinnigen Ergebnissen führen würden.

Schlussfolgerungen

Die genannten Probleme von „amtlichen Zufriedenheits-Zielen“ sprechen keineswegs dagegen, dass Politik und Öffentlichkeit sich mit Hilfe der empirischen Zufriedenheitsforschung vergewissern, wie Gesellschaften und Volkswirtschaften tatsächlich funktionieren. Es ist sogar sinnvoll, dass mit Hilfe empirischer Analysen noch genauer als bislang üblich untersucht wird, wie bestimmte Politiken, wie Hartz IV oder eine neue Schulpolitik, wirken. Aber die Ergebnisse dürfen nicht Eins-zu-Eins als Zielwerte für die Politik benutzt werden. Und es reicht auch nicht aus, dass nur einfache statistische Eckwerte errechnet werden, sondern

es muss auf Basis theoretischer Modelle, von Längsschnittdaten und auch von „Verhaltens-Experimenten“ im Detail analysiert werden, wie einzelne Maßnahmen wirken – oder auch nicht.

Da Befragte umso weniger ihre Antworten auf Zufriedenheitsfragen strategisch „wählen“ werden, je weniger die Politik über Zufriedenheitsmessungen spricht und diese direkt zur Steuerung einsetzt, werden die Antworten umso besser sein, je mehr die Erhebungen und deren Analyse im „Wissenschaftssystem“ verbleiben.

Man kann nur zu der Schlussfolgerung kommen: Wenn Politiker und Entscheidungsträger die Lebenszufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen wollen, dann sollten sie einen „Zufriedenheitsindikator“ keinesfalls zu einem politischen Zielwert machen. Die Erhebung von Lebenszufriedenheiten ist aussagekräftig, aber nur solange die Erhebung und Analyse im Wissenschaftssystem verbleiben.

Zufriedenheitsforschung ist vor allem nur dann ethisch und gesellschaftspolitisch verantwortbar, wenn die Ergebnisse in Frage gestellt und intensiv wissenschaft-

lich diskutiert werden können.¹⁰ Deswegen sind Wettbewerb bei der Datenerhebung (z.B. im Hinblick auf die aussagekräftigsten Fragen, die Zufriedenheit messen) und freier Datenzugang für jede qualifizierte Wissenschaftlerin und jeden qualifizierten Wissenschaftler extrem wichtig. In Deutschland sind diese Anforderungen auch voll verwirklicht.¹¹

Die „statistische Infrastruktur“ in Deutschland erlaubt einen ungehinderten wissenschaftlichen Diskurs innerhalb der und über die Zufriedenheitsforschung. Das ist eine zufriedenstellende Situation.

¹⁰ Dies gilt – wie oben ausgeführt – auch für scheinbar objektive Indikatoren der Statistik; z.B. der Arbeitslosenquote und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Für alte, aber nach wie vor nicht gänzlich überholte Argumente vgl. Gert G. Wagner: „Amtliche Statistik“ oder „Statistische Infrastruktur“? – Überlegungen zu den empirischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik, in: H. N. Weiler (Hrsg.): Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Universitätsschriften – Antrittsvorlesungen VI, Frankfurt (Oder) 1998, S. 47-70; und Gert G. Wagner: Eines der letzten unangefochtenen staatlichen Monopole ist die amtliche Statistik – Das Bruttoinlandsprodukt im Wettbewerb berechnen, in: Handelsblatt, Nr. 34 vom 18.2.1998, S. 39.

¹¹ Vgl. Heike Solga, Gert G. Wagner: A Modern Statistical Infrastructure for Excellent Research and Policy Advice – Report on the German Council for Social and Economic Data During Its First Period in Office (2004-2006), in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 127, Heft 2, 2007, S. 315-320 und jeweils aktuell <http://www.ratswd.de/dat/fdz.php>.

Claus Leggewie, Bernd Sommer

Glück statt Wachstum? – Warum die Wachstumsdebatte als Wertedebatte geführt werden sollte

Ein Merkmal von Wertedebatten – um eine solche handelt es sich auch bei der Frage, welchen Stellenwert wir dem Wirtschaftswachstum (nationaler) Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft beimessen – ist, dass sie keinen feststehenden, logisch-theoretisch

abzuleitenden Wertekanon voraussetzen oder statuieren können. Werte sind kulturell kontextgebunden und werden, vor dem Hintergrund praktischer Probleme, in pluralistischen Gesellschaften und interkulturellen Kontaktzonen ausgehandelt. Oft entstehen dabei

Wertekonflikte. Zugleich werden in allen Philosophien und Religionen der Welt auf Universalisierung angelegte Aspekte und Dimensionen „guten Lebens“ und des „Glücks“ dargelegt, und zwar nicht als Durchschnittswerte subjektiver menschlicher Präferenzen und

Befindlichkeiten, sondern als evaluative Kategorien in bestimmten lebensweltlichen Kontexten.

Ein niemals ganz verstummter Beitrag ist die antike Tugendlehre. Für Aristoteles, den Begründer der praktischen Philosophie, war das Gute (Eu zén, „gut leben“) an und für sich erstrebenswert, nicht im Bezug auf ein anderes Gut; alle anderen Güter sollten im Bezug auf das Gute erstrebenswert sein. Auch in der heutigen, sich teilweise noch auf die antike Ethiklehre beziehenden praktischen Philosophie ist gutes Leben kein Zustand, sondern eine tugendhafte Handlung, ein von Vernunft und Gefühl geleitetes Tätigsein. Es beruht nicht (einzig oder vornehmlich) auf einer großen Zahl materieller Güter, auf Annehmlichkeiten oder Genüssen, sondern auf der Erfüllung von Menschlichkeit in einem umfassenden, für Mitmenschen und Umwelt zuträglichen Sinne. Dazu gehört die Entfaltung des Selbst, d.h. der einer Person gegebenen Möglichkeiten, ebenso wie Gemeinsinn und die Übernahme von Verantwortung für das allgemeine Wohl und Gerechtigkeitsprinzipien. Macht und Einfluss, Besitz und Wohlstand, ein familiäres oder soziales Netzwerk und dergleichen sind nicht identisch mit „gutem Leben“ (oder „Glück“), spielen aber zu deren Erreichung eine wichtige Rolle.

In der Gesellschaftstheorie der Neuzeit ist die Tugendlehre, abgesehen von einigen neoaristotelischen und kommunitaristischen Anschlüssen, durch utilitaristische Nutzenkalküle verdrängt und mit dem Aufkommen der industriellen Massenproduktion durch die Ausdeutung guten Lebens als materiellem Wohlstand überholt worden. Dieser Primat hat die wirtschaftliche Selbstbeschreibung und -beobachtung entwickelter (kapitalistischer wie sozialistischer)

Industriegesellschaften ebenso geprägt wie die Grundannahmen und Implementationsversuche der Modernisierungstheorien in Entwicklungsgesellschaften. Der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung zeichnet sich aus durch eine auf Gewinn angelegte Tauschwertorientierung und die Überführung aller Produktionsfaktoren – Natur, Kapital und Arbeit – in Waren, die dieser Tauschwertlogik gemäß be- und gehandelt werden. Damit kommt das Thema der „Großen Transformation“ (Karl Polanyi) ins Spiel, d.h. die weitgehende Entbettung der funktional ausdifferenzierten Ökonomie aus sozialen und lebensweltlichen Bezügen.¹ Diese hat dem Wirtschaftssystem nicht nur Autonomie verliehen, sondern auch dazu geführt, dass die Gesellschaftsordnung insgesamt kapitalistisch wurde. Davon kann man (erst) sprechen, wenn und wo das Binnengeschehen der Wirtschaft intersystemisch dominant und folgenreich in sämtliche anderen Teilsysteme ausstrahlt und zum handlungsprägenden Deutungsmuster der Gesamtgesellschaft wird.

Mit dieser Generalisierung (bzw. Engführung) sind Aspekte des „guten Lebens“ aber auch eine „nachhaltige Entwicklung“ weitgehend auf der Strecke geblieben. Sogar so weit – dies zeigen die aktuellen Entwicklungen überdeutlich –, dass hierdurch eine irreversible Schädigung unseres Erdsystems in Kauf genommen wird.²

Die Grenzen des Erdsystems

Bei dem fast axiomatischen Grundsatz, dass sich Prosperität und Wohlfahrt nur über „(mehr) Wachstum“ reproduzieren und

entwickeln lassen, handelt es sich um ein Grund-Paradigma früh- und spätindustrialisierter Industriegesellschaften. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist damit zur wichtigsten Messgröße für den Erfolg/Misserfolg von Volkswirtschaften geworden und wirkt darüber hinaus als psychologisches Barometer für den Zustand von Gesellschaften. Insbesondere seit Erscheinen des Berichts des Club of Rome „The Limits of Growth“³ wird in der Wissenschaft und Politik darüber diskutiert, dass bei Beibehaltung der nichtnachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise in den westlichen Industrienationen in absehbarer Zeit absolute natürliche Wachstumsgrenzen erreicht werden. Der Aufstieg der frühindustrialisierten OECD-Gesellschaften gründet auf dem Zugriff auf fossile Ressourcen sowie sonstige Rohstoffe, vor allem aus den (Ex-)Kolonien. Jenes „Feuerwerk an Ressourcen“, das die Industrienationen in den vergangenen 150 Jahren abgebrannt haben, ist nicht wiederholbar, insbesondere nicht an vielen Orten der Welt und mit ungleich größeren Bevölkerungen.⁴

Die Interaktionen zwischen Soziosphäre (dem direkt durch Menschen aktiv gestalteten Teil des Planeten) und der außermenschlichen Biosphäre lässt sich analog zum Stoffwechsel eines Organismus inputseitig (Ressourcenverbrauch) und outputseitig (Emissionen) beschreiben und dieser „gesellschaftliche Metabolismus“ riskiert durch beiderlei naturräumliche Grenzen limitiert zu werden. Bislang gibt es kein glaubwürdiges

¹ Karl Polanyi: *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main 1978.

² Johan Rockström: *A safe operating space for humanity*, in: *Nature*, Vol. 461, September 2009, S. 472-475.

³ Dennis L. Meadows et al.: *Die Grenzen des Wachstums – Berichte des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, München 1972.

⁴ Wolfgang Sachs: *Fair Future*. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, in: A. von Gleich, S. Gröbbling-Reisemann (Hrsg.): *Industrial Ecology*. Erfolgreiche Wege zu nachhaltigen industriellen Systemen, Wiesbaden 1972, S. 360-365.

Szenario eines ökologisch nachhaltigen, kontinuierlichen Wachstums für eine Welt mit 9 Mrd. Menschen.⁵ Eine Rückkehr zu einer Ökonomie, die im globalen Maßstab auf ein stetiges Wachstum der Konsumentennachfrage beruht, kann trotz Einführung „grüner Technologien“ nicht als nachhaltig gelten. Denn es ist nicht erkennbar, „wie etwa der automobiler Verkehr, der klimatisierte Bungalow oder ein auf einem hohen Fleischanteil gegründetes Nahrungssystem allen Weltbewohnern zugänglich werden kann. Wohlstand für wenige wird dann das ungewollte Ergebnis real-industrieller Entwicklung sein, eben weil die Demokratisierung des ressourcen-intensiven Wohlstands an wirtschaftlich oder ökologisch unüberwindliche Knappheitsgrenzen stößt“.⁶

Das hier Gesagte gilt vor allem für die „überentwickelten“ Industrienationen des Nordens. Von diesen Gesellschaften verlangt eine sozioökonomische Entwicklung, die sich an dem Kriterium der Nachhaltigkeit orientiert, eine Kontraktion, also eine Verminderung des Ressourcenverbrauchs wie der Emissionen. Es steht außer Frage, dass ärmere Länder ein Recht darauf haben, eine Dignity line an Ressourcennutzung zu erreichen, also ein Niveau, das ein menschenwürdiges Auskommen für ihre Gesellschaftsmitglieder erlaubt.

Die Indikatorendebatte als Indikator

Zur Zeit ist „das Wachstum“ wieder in aller Munde. Während die neu gewählte Bundesregierung es als ihre dringendste Amtshandlung ansieht, ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ auf den Weg zu bringen, erklärt der Umweltminister

derselben Regierung in der ZEIT, dass die „Fixierung auf das quantitative Wachstum“ aufgegeben werden müsse.⁷ In Frankreich wiederum stellt Staatspräsident Sarkozy den Bericht seiner prominent besetzten Kommission vor, welche einzig mit der Aufgabe betraut worden war, darüber nachzudenken, wie „ökonomische Leistungsfähigkeit und sozialer Fortschritt“ sich angemessen fassen lassen.⁸ Die Debatte über die Entkoppelung von menschlicher Entwicklung und materiellem Wirtschaftswachstum, die sich in den Diskussionen über Modifikationen und Alternativen zum bisherigen Hauptindikator des Bruttoinlandsprodukts (BIP) niederschlägt, ist keineswegs neu. Seit Erscheinen „der Grenzen des Wachstums“⁹ und dem Erdgipfel der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro wird öffentlich auch verstärkt über die Frage diskutiert, wie man Wohlfahrt, menschliche Entwicklung, sozialen Fortschritt adäquat messen kann. Durch das aktuelle Zusammenfallen von Wirtschafts- und Klimakrise ist diese Debatte wieder aus den gesellschaftlichen Nischen der ökologischen und alternativen Bewegungen ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit katapultiert worden.

In den vergangenen Jahren sind verschiedene Vorschläge zur Messung von Wohlfahrt und sozialem Fortschritt von den Vereinten Nationen (Human Development Index), der OECD (Measuring and Fostering the Progress of Societies), der EU (Beyond GDP) sowie Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, unterbreitet worden. All diesen Initiativen ist gemeinsam,

dass sie den weltweit verwendeten Indikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. BIP/Kopf nicht mehr für angemessen erachten, um sozialen Fortschritt oder menschliche Entwicklung abzubilden. Darüber hinaus gibt es verschiedene Ansätze, welche nicht nur gegenwärtige Wohlfahrt messen, sondern insbesondere die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens bewerten möchten (Environmental Sustainability Index (ESI), Environmental Performance Index (EPI), Living Planet Index (LPI), Happy Planet Index (HPI) etc.). Hintergrund der anhaltenden Wachstumskepsis sowie der Diskussionen um einen angemessenen Indikator zur Messung von menschlicher Entwicklung ist zum einen ein säkularer sozial-kultureller Wertewandel, wie er sich auch in der Entstehung der ökologischen Bewegung oder in Debatten über Lebensqualität, Humanisierung der Arbeitswelt, Sozialindikatoren (als Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit) etc. manifestiert.¹⁰ Vor allem ist die anhaltende Indikatorendebatte selbst ein Indikator für die Zuspitzung der Krise unseres Erdsystems sowie die sich zusehends durchsetzende Einsicht, dass die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit keineswegs automatisch auch zu einer Steigerung des subjektiven Wohlergehens der Menschen führt und der Menschheit insgesamt dienlich ist.

Wohlstand, Werte und Wohlbefinden

Relativ gut begründet, wenn auch in den methodischen Voraussetzungen und in der Interpretation weiter strittig, ist das bereits erwähnte Konzept des Wertewandels, der in säkularer Perspekti-

⁵ Tim Jackson: Prosperity without Growth? The transition to a sustainable economy, London 2009.

⁶ Wolfgang Sachs, a.a.O., S. 362.

⁷ Die Zeit vom 12.11.2009, S. 4.

⁸ Joseph E. Stiglitz et al.: Survey of existing approaches to measuring socio-economic progress, 2009, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.

⁹ Dennis L. Meadows et al., a.a.O.

¹⁰ Ronald Inglehart: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt a. M./New York 1998.

ve und genauer für den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg ein signifikantes Vordringen sogenannter postmaterieller Einstellungen konstatiert. In der von Inglehart zugrunde gelegten Dichotomie¹¹ sind materielle Bedürfnisse neben der Deckung physiologischer Bedürfnisse aller Art wirtschaftliche Stabilität und Wachstum, Preisstabilität, ferner Ruhe und Ordnung in Staat und Gesellschaft, u.a. gesichert durch leistungsstarke Streitkräfte, insgesamt also das Bedürfnis nach (physischer) Sicherheit. Zu den postmateriellen Bedürfnissen zählen die Bereiche der Selbstverwirklichung, die in der Realisierung von geistigen, schöpferischen, ästhetischen und kontemplativen Bedürfnissen liegen, ferner das Zugehörigkeitsgefühl, das Bedürfnis nach Mitwirkung in Staat und Gesellschaft, die Meinungsfreiheit sowie der Schutz der außermenschlichen Natur.

Inglehart et al. konstatieren eine globale, besonders in wohlhabenden und „sicheren“ Gesellschaften wirksame Verschiebung von „constraint“, dem Vorhandensein und der Affirmation von normativen oder Sachzwängen (die stärker mit sogenannten Survival Values einhergehen), hin zu „choice“, d.h. effektiven Wahlmöglichkeiten, die die individuelle Handlungs-Autonomie und entsprechende Werthaltungen fördern.¹²

Beide Wertesphären sind nach Klages keine Gegensätze, sondern auf einem Kontinuum und in Richtung einer Wertesynthese angeordnet.¹³ Überdies ist der Wandel

der Werte keine unabhängige Variable, er korreliert mit dem steigenden Einkommens- und Bildungsniveau der „Postmaterialisten“, die die materiellen Grundlagen und Zeitressourcen haben, freie Zeit mit Partnern, Familie und Freunden zu verbringen, auch für Muße und Genuss und sich in diesen Zusammenhängen als Personen anerkannt und wertgeschätzt fühlen können. Die offene Frage ist, inwieweit diese Selbstentfaltungswerte die soziale Reproduktion der Individuen in Form von Familien und freiwilligem Engagement für die Schaffung von Selbstentfaltungschancen anderer beinhalten, also altruistische Implikationen (Familie gründen, „etwas für die Welt tun“ etc.) aufweisen.

Verschiedene soziale Entwicklungen, die weltweit zu beobachten sind, indizieren, dass dieser Zusammenhang besteht. So kann die Entstehung und Ausbreitung eines „ökologischen Bewusstseins“ – die Verbreitung der Sorge um die außermenschliche Natur – und die weltweite Formierung entsprechender politischer Bewegungen als Ausdruck eines „postmaterialistischen“ Mentalitätswandels verstanden werden. Umweltprobleme, darunter heute die Bekämpfung des Klimawandels, zählen mittlerweile zu den wichtigsten politischen Themen – und dies nicht nur in den Ländern des vergleichsweise reichen Nordens, sondern auch und gerade in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern. So zeigen die aktuellen Ergebnisse des sogenannten Greendex Surveys¹⁴, dass in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern im Durchschnitt

nicht nur ein nachhaltigerer Lebensstil vorherrscht – was sich durch das vergleichsweise geringere materielle Wohlstandsniveau erklären lässt –, sondern auch die Sensibilität gegenüber Umweltfragen, das Umweltbewusstsein, vergleichsweise stark ausgeprägt ist. So nennen im Rahmen der internationalen Greendex-Studie verstärkt Befragte aus China, Argentinien, Mexiko, Indien oder Brasilien von sich aus – also ungefragt – Umweltprobleme und den Klimawandel als eine zentrale nationale Herausforderung. Bei den befragten Europäern und Nordamerikanern liegt der Fokus deutlich stärker auf wirtschaftlichen Problemen, während der Klimawandel und ökologische Probleme kaum oder gar nicht als Aufgabe ihrer jeweiligen Länder begriffen werden.¹⁵

In Anlehnung an das Konzept der menschlichen Entwicklung („human development“) wie es von Amartya Sen und Sudir Anand¹⁶ entwickelt worden ist, sieht die Forschergruppe um Ronald Inglehart 1. sozioökonomische Entwicklung, 2. emanzipativen kulturellen Wandel und 3. Demokratisierung als konstitutive Elemente eines Syndroms des sozialen Fortschritts, welches in einer Ausweitung der menschlichen Entscheidungs- und Handlungsspielräume mündet.¹⁷ Sozioökonomische Entwicklung führt – so die Analyse – durch die Ausstattung

¹¹ Ebenda.

¹² Ronald Inglehart et al.: Development, Freedom and Rising Happiness: A Global Perspective (1981-2007), in: Perspectives on Psychological Science, Volume 3 (2008), Nr. 4, S. 264-285.

¹³ Helmut Klages: Werte und Wertewandel, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 726-738.

¹⁴ National Geographic: Greendex. Consumer Choice and the Environment. A Worldwide Tracking Survey, 2009, Internet: <http://www.nationalgeographic.com/greendex/index.html>.

¹⁵ Ders.: Greendex. Consumer Choice and the Environment. A Worldwide Tracking Survey, Full Report, 2009, Internet: http://www.nationalgeographic.com/greendex/assets/GS_NGS_Full_Report_May09.pdf.

¹⁶ Sudir Anand, Amartya Sen: Human Development and Economic Sustainability, in: World Development, 28 (2000), 19, S. 2029-2049.

¹⁷ Ronald Inglehart: The theory of human development: A cross-cultural analysis, in: European Journal of Political Research, 42 (2003), S. 341-379.

der Individuen mit ökonomischen Ressourcen zu einer Erweiterung der Autonomie auf materiell-objektiver Ebene; die Zunahme emanzipativer Werte geriert eine Zunahme subjektiver Orientierungen auf Handlungsoptionen, und institutionelle Demokratisierungsprozesse sind in der Regel mit der Verankerung von Freiheitsrechten gekoppelt. Analysen auf Basis des World Value Surveys (WVS) haben gezeigt, dass dieser Zusammenhang zwischen der Zunahme individueller ökonomischer Ressourcen, emanzipativen Werten und Freiheitsrechten universell – also unabhängig von nationaler, religiöser oder kultureller Zugehörigkeit – messbar ist.¹⁸

Im Rahmen des World Value Surveys ist seit 1981 weltweit auch bei mehr als 350 000 Personen ihr persönliches Wohlbefinden (SWB: Subjective Well-Being) gemessen worden. Zur Erhebung des Subjective Well-Being werden im World Value Survey die Untersuchungsteilnehmer gebeten, auf einer mehrstufigen Skala anzugeben, wie „glücklich“ sie sind und wie es um ihre „overall life satisfaction“ bestellt ist.¹⁹ In den vergangenen 25 Jahren hat in 87% aller untersuchten Länder das gemessene Glücksniveau und in 63% dieser Länder das persönliche Wohlbefinden insgesamt zugenommen.²⁰ Der interessante Punkt dabei: Nach Analysen der Forschergruppe um Inglehart et al. ist dies nicht ausschließlich auf eine gestiegene Wirtschaftsleistung der jeweiligen Länder zurückzuführen, sondern vor allem auf die komplementären gesellschaftlichen Prozesse

der Demokratisierung und Liberalisierung der kulturellen Werte – welche in einer Ausweitung der individuellen Handlungsspielräume und der persönlichen Freiheit münden.²¹

Konklusion: Bhutan und das Streben nach Glück

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Indikatoren-debatte und dem globalen Wertewandel ziehen? Die Fixierung auf das BIP sollte in der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte, in der wissenschaftlichen Politikberatung und in der politischen Debatte aufgegeben werden – das BIP/pro Kopf misst, was es misst, aber mehr nicht. Es kann weder den „Reichtum der Nationen“ bemessen, noch ihre Position im globalen Wettbewerb ermitteln, noch eine Leitlinie für wirtschaftspolitische Zielsetzungen darstellen. Die auf vielen Ebenen angestoßene Debatte wird unseren Horizont erweitern, auch wenn nicht zu erwarten steht, dass es einen Indikator geben wird, der alle Facetten menschlichen Lebens integriert und über den erneut ein Scheinkonsens erzeugt werden kann.

Das „Streben nach Glück(seligkeit)“, das in der US-Verfassung neben „life“ und „liberty“ zu den drei unveräußerbaren Rechten der Bürger zählt, ist im buddhistischen Himalaya-Staat Bhutan auf Anordnung des abgetretenen Königs durch ein internationales Wissenschaftlerteam in die Konstruktion eines GNH („Gross National Happiness“ = Bruttosozialglück) eingeflossen, das die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft nicht allein an den Größen bemisst, die beim BIP maßgeblich sind.²² Bhutan be-

gründet seine Entscheidung, warum es seine Gesamt-Performanz nicht wie üblich am BIP-Indikator bemessen möchte, damit, dass Indikatoren nicht einfach Indikatoren seien, sondern auch die Ausrichtung der Politik sowie die Werthaltungen eines Landes bedingten und damit letztendlich auch die weitere gesellschaftliche Entwicklung.

Die scheinbare Randständigkeit Bhutans sollte westliche Beobachter nicht davon abhalten, sein mit durchaus validen Indikatoren operationalisiertes Konzept zur Kenntnis zu nehmen. Wer nur auf die nackten Zahlen des Wirtschaftswachstumsschielt, braucht sich nicht zu wundern, wenn bei den Bemühungen diesbezüglich möglichst gute Ergebnisse zu erzielen, anderen zentrale Faktoren – beispielsweise: wie die Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, dass Menschen ein „gutes Leben“ führen können, welches nicht natürliche Lebensgrundlagen irreversibel beschädigt – außer Acht geraten. Die Herausforderung besteht darin, in langfristiger Reaktion auf die „Entbettung“ der Ökonomie aus ihren natürlichen Voraussetzungen und politischen Bindungen durch die „Große Transformation“ der Industriellen Revolution eine „Wiedereinbettung“ ökonomischer Prozesse in übergeordnete Aspekte menschlichen Lebens und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erreichen. Diese Zielsetzung ist nicht allein durch den Respekt von „natural boundaries“, der natürlichen Grenzen ökonomischer Reproduktion aufgezwungen, sondern auch durch die „open frontiers“ menschlicher Existenz begründbar, die stets alternative Lebensentwürfe zulassen und hervorbringen.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ders.: Development, Freedom and Rising Happiness: A Global Perspective (1981-2007), in: Perspectives on Psychological Science, Volume 3 (2008), Number 4, S. 266 f.

²⁰ Ebenda, S. 280.

²¹ Ebenda, S. 279.

²² Vgl. Survey des Instituts für Bhutanstudien von Dasho Karma Ura.